

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(eine der)

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg I.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Bereits-Anzeigen
für die dreigespaltene Petitzelle ober deren Raum 80 A.

Johann Stanningt ❖

Einer unserer Alten, einer von den wenigen unserer Zeit, die schon zu Anfang der Maurerbewegung in den vordersten Reihen kämpften, ist in Johann Stanningt von hinnen gegangen. In Jahren noch fern der Schwelle des Alters, aber durch einen vor sechs Jahren erlittenen Gehirnschlag fortschreitendem Siechtum versallen, hat ihn nun ein neuer schwerer Anfall rasch einem ebenso arbeitsreichen wie dornenvollen Leben entrissen. Mit den Worten: „Nun geht's wohl zu Ende!“ ist er Mittwoch, den 10. Februar, in einer Krankenkassen-Sitzung zusammengebrochen und, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, Sonnabend, den 13. Februar, schmerzlos verschieden.

Der Verbliebene ist am 27. September 1852 zu Nichtenberg, Regierungsbezirk Straßburg, geboren und hat, früh verwaist, schon von Jugend auf Not und Elend kosten müssen. Andererseits ist ihm aber auch schon als Maurerlehrling im Hause eines Onkels ein Stück Arbeiterbewegung, wenn auch nur in Hirsch-Dunkerschem Geiste, nahe gekommen. Raun der Lehre entwachsen, versuchte er sein Glück in der Fremde, und zu Anfang der siebziger Jahre machte er sich schon einen Namen als Bevollmächtigter des Allgem. deutschen Maurervereins bzw. des Maurer- und Steinhauerbundes in Wilhelms-hafen und Hamburg. Hier hat er dann ununterbrochen in den vordersten Reihen der Maurerbewegung gestanden.

Johann Stanningt war Mitbegründer des Fachvereins der Maurer Hamburgs und neben Ernst Knegeborn und Thomas Hartwig vertrat er die Hamburger Kollegen auf dem ersten Kongress der Maurer Deutschlands, Berlin 1884. Als einige Jahre später die in Hamburg domizilierte Agitationskommission bzw. Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands nach dem polizeilichen Verbot des „Neuen Bauhandwerker“ an die Schaffung eines neuen Fachorganes denken mußte, erhielt Johann Stanningt den ehrenvollen Auftrag, den „Grundstein“ herauszugeben und zu leiten. Mit Geschick und Fleiß hat sich unser verstorbener Freund dieser Aufgabe gewidmet, solange seine Kraft das zuließ. Daneben hat er sowohl als Mitglied der Geschäftsleitung wie später als Generalbevollmächtigter der Maurer Deutschlands und als Mitglied des Verbandsvorstandes auch in der mündlichen Agitation seinen Mann gestellt. Die meisten Kollegen der älteren Jahrgänge in allen Gauen Deutschlands haben ihn kennen gelernt und werden sich seiner als Berater und Mitbegründer ihrer Vereine gern erinnern. Den nach ihm in das Zentralbureau unseres Verbandes eingetretenen Kollegen war er stets ein freundwilliger Lehrmeister und Helfer, und alle haben ihm etwas zu verdanken. Auch den guten Brauch, daß die Führer unserer Organisations der politischen Arbeiterbewegung dienen, hat unser verstorbener Freund gern erfüllt. Bei seinem Eintritt in den Allgem. deutschen Maurerverein hatte er auch zugleich die Mitgliedschaft des Allgem. deutschen Arbeitervereins erworben; und nicht nur angehört hat er der Sozialdemokratischen Partei, sondern er war tätig für ihre Ausbreitung; in der Agitation von Mund zu Mund wie auf der Rednertribüne hat er nie versagt, wenn der Ruf an ihn erging. Früh war sich Johann Stanningt auch der speziellen Hamburger Bürgerpflicht bewußt, und als es noch wenig angenehm war, ist er wiederholt als Bürgerschaftskandidat in die Schranken getreten.

Leider sollte sich unser Freund einer festen Gesundheit nicht erfreuen. Sein allzeit reger Geist wohnte in einem wenig widerstandsfähigen Körper. Unter den kümmerlichsten Verhältnissen groß geworden, später, in den ersten Jahren nach Gründung einer Familie, von Sorgen aller Art häufig heimgesucht, dann die Unrast und die aufreibende Arbeit, wie sie die Redaktion der Zeitung, die vielen Sitzungen und Versammlungen mit sich bringen, die durch wochenlange Agitationsreisen bedingte unregelmäßige Lebensweise — alles miteinander ist wohl geeignet, einen stärkeren Körper, als ihn der Verstorbene hatte, vorzeitig zu zerrütten. Mitte der neunziger Jahre und später wiederholt hat ihn der tückische Rheumatismus schwer geplagt, schon damals ging es ihm hart ans Leben. Sorgsame Pflege und Schonung vermochten jedoch, ihn wieder völlig herzustellen, und er durfte hoffen, noch viele Jahre seinen ihm lieb und mit der Zeit auch leichter gewordenen Dienst zu versehen. Es hat nicht sollen sein. Wie ein Blitz aus heilem Himmel — wie es wohl meistens zu geschehen pflegt — traf unsren Freund am 4. Januar 1903 ein Gehirnschlag von solcher Gewalt, daß sein Leben wie an einem seidenen Faden hing. Noch einmal sollte der starke Wille zum Leben den Sieg davontragen. Aber eine erhebliche linksseitige Lähmung blieb trotz aller Heilmittel zurück, und die Lebenslust und rege Arbeitsfreudigkeit waren für immer dahin. Der Geist war nach wie vor gesund und willig zu gewohnter Arbeit, aber die gelähmte Körperhälfte machte ihn nutzlos und zeitweilig ganz verzagt. Dennoch hat unser nun zur ewigen Ruhe gebetteter Freund immer aufs neue gegen sein körperliches Siechtum angekämpft und noch am letzten Tage seines bewußten Lebens hat er für den „Grundstein“ gearbeitet. Nun hat ihm der Tod die Feder aus der Hand genommen, die so manches gute aufklärende Wort geschrieben.

Johann Stanningt war kein weißhin leuchtender Stern. Auch die deutsche Maurerbewegung hat schon größere Geister, wenn auch nur recht spärlich, hervorgebracht. Aber er war doch ein Mann, der über den Durchschnitt der in der Arbeiterbewegung tätigen Kräfte emporragte. In der Schule des pommerischen Landstädtchens mit nur wenig Wissen ausgerüstet, hat er es verstanden, in der harten Schule des Lebens viel hinzuzulernen und das Gelernte so in sich zu verarbeiten, daß er nicht nur der breiten Masse seiner Arbeitsbrüder den richtigen Weg zeigen konnte und zeigte, sondern auch dem Nachwuchs seines engeren Mitarbeiterkreises ein Lehrmeister sein konnte und war. Und wenn jetzt, nach dem Hingange unseres Freundes, keine besonders schwer empfundene Lücke in unsrem Betriebe entsteht, so verdanken wir und mit uns der gesamte Zentralverband dies zum guten Teil dem vorbildlichen Wirken und der emsigen Erziehungsarbeit Johann Stanningts. Aus vollem Herzen rufen wir ihm an der offenen Gruft nach: Habe Dank, Du treuer Freund! Ist auch Dein Leben ausgelöscht, Deine mehr als dreißigjährige Tätigkeit in der Maurerbewegung und Deine zwanzigjährige Arbeit am „Grundstein“ verlöschen nicht. Und wenn es Deinen Nachfolgern gelingt, die von Dir aus den kleinsten Anfängen emporgeleitete Organisation immer machtvoller zu gestalten, dann wird Dein Anteil daran nimmer vergessen sein.

Hauptergebnisse der Berufszählung von 1907.

Nach der Berufszählung vom 12. Juni 1907 wurde im Deutschen Reich eine Gesamtbevölkerung von 61 720 529 festgestellt, gegen 51 770 284 im Jahre 1895 und 45 222 113 im Jahre 1882. Der Bevölkerungszuwachs betrug somit in dem früheren dreizehnjährigen Zwischenraum 14,4 pSt. und in der Zeit von 1895 auf 1907 rund 19,2 pSt. Die weibliche Bevölkerung überwiegt mit 31 259 429 die männliche um 798 329 Köpfe. Die Zahl der ihren Hauptberufe nach Erwerbstätigen hat sich wie folgt verschoben:

	1882	1895	1905
17682008	20770875	26827362	

Der Hauptanteil der Zunahme entfällt auf die Arbeiter und auf die Schicht der sogenannten Angestellten. Lassen wir zunächst die Angehörigen und die häuslichen Dienstmoten der verschiedenen Bevölkerungsguppen außer Betracht, so sehen wir folgende Bewegung der Erwerbstätigen:

Arbeiter in	1882	1895	1907
Landwirtschaft	5681819	6627794	7283471
Industrie	4098243	5955711	8593125
Handel und Verkehr	727262	1233047	1958525
Zusammen	10705324	12816552	17336121

Angestellte in	1882	1895	1907
Landwirtschaft	66644	96173	98812
Industrie	99076	263745	686007
Handel und Verkehr	141548	261907	505909
Zusammen	307268	621825	1290728

Selbständige in	1882	1895	1907
Landwirtschaft	2288033	2568725	2500974
Industrie	2201146	2061764	1977122
Handel und Verkehr	701508	848557	1012192
Zusammen	5190687	5474046	5490289

Nicht nur das zunehmende Uebergewicht der Arbeiterschaft, sondern auch die fortschreitende Industrialisierung des Deutschen Reiches ist augenfällig. Zwar hat sich auch die Zahl der Arbeiter in der Landwirtschaft stark vermehrt — während sie von 1882 bis 1895 zurückgegangen war, ist sie jetzt 1,65 Millionen Köpfe gewachsen, aber gegen den Zuwachs der Arbeiterschaft in der Industrie (einschließlich Bergbau und Baugewerbe) mit 2,64 Millionen Köpfen bleibt die Landwirtschaft doch weit zurück. Auch das Anwachsen der Arbeiter in Handel und Verkehr ist erheblich. 1882 war die Zahl der industriellen Arbeiter noch circa 1,8 Millionen Köpfe niedriger, 1907 jedoch um 1,3 Millionen höher als die der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Die Schicht der Angestellten hat sich von Zählungsperiode zu Zählungsperiode fast stets verdoppelt. 1882 hatten Handel und Verkehr noch die meisten Angestellten. 1895 war die Angestelltenzahl in der Industrie ziemlich gleich stark wie in Handel und Verkehr, 1907 aber war sie schon um rund 181 000 Köpfe stärker. In der Landwirtschaft hat die Schicht der Angestellten nur langsam zugenommen, gegen 1895 hat sie sich überhaupt nur wenig vermehrt.

Die Zahl der Selbständigen hat gegen 1895 in der Landwirtschaft um rund 64 000 und in der Industrie um 84 000 Köpfe abgenommen. Eine Vermehrung, um rund 179 000, fand nur im Handel und Verkehr statt.

Die gesamte Arbeiterbevölkerung (erwerbstätige und erwerbslose Angehörige) weist für die drei Berufszählungen folgende Ziffern auf:

	1882	1895	1905
22278935	26081103	33909497	

Die nicht zur Arbeiterbevölkerung gehörigen Schichten marschieren wie folgt:

	1882	1895	1905
18474274	19727098	19169205	

Von 1882 auf 1895 hat die Arbeiterbevölkerung um circa 4, um 1895 auf 1907 aber um rund 8 Millionen Köpfe zugenommen; sie war im Jahre 1882 circa 3,8 Millionen Köpfe stärker als die „Selbständigen“, im Jahre 1895 um circa 6,35 Millionen und im Jahre 1907 um 14,8 Millionen. Nunmehr macht die Arbeiterschaft 64 pSt. der Gesamtbevölkerung aus. Die beiden Hauptberufsarten, Landwirtschaft einerseits und Handel und Industrie andererseits, stehen sich mit allen ihren Angehörigen wie folgt gegenüber:

Berufsgruppe	1882	1895	1907
	pSt.	pSt.	pSt.
Landwirtschaft	49,55	41,89	33,88
Handel und Industrie	50,45	58,11	66,17
Zusammen	100,00	100,00	100,00

Wirtschaftliche Rundschau.

Staat und Kohlenproduktion in Oesterreich. — Deutsche Eisen- und Holzgesellschaften. — Die Eisenbräuen. — Fahrradvereinigung. — Amerika.

Der Staat, mag er noch so kleinmütig und schwächlich sein, kann sich ein Eingreifen in die Kohlenproduktion in vielen Ländern nicht mehr herausdrücken. Die Gesamtheit des industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmertums lehnt sich hier gegen alle, von anderen Interessen ganz abgesehen, gegen ein überwucherndes Gieß, gegen den gemeinsamen Schaden der privatmonopolistischen Brennstoffverteilung auf. Aber immerhin macht eine Kräfte nicht-gerne der anderen ein Auge aus; die Renditefähigkeit

und Galtigkeit der meisten Vorkasse erklärt sich vielfach daraus.

Einen neuen charakteristischen Anlauf unternimmt jedoch die österreichische Regierung, nur daß hier bei der Schwere der parlamentarischen Verhältnisse das Endergebnis wohlens nicht vorauszufragen ist. Nach einer Uebergangsfrist von drei Jahren — doch in unsern Nachbarreiche alles noch unerforschene Vorkommen von Eisen- und Braunkohle dem Staate gehören, der bisher in Oesterreich — in der entscheidenden früheren Zeit wohl infolge der schlechten Finanzen, die jahrgewaltig sogar zur Abtragung von Staatsbesitzungen aller Art führten — auf diesem Gebiete kaum noch Fuß gefaßt hatte. Ueber Steinhohlengrubenbesitz verfügte er bisher überhaupt nicht, und von Braunkohle besaß er nur die ärarischen Julius-Schächte im Brixener Revier, die jährlich gegen zehn Millionen Doppelzentner Ausbeute liefern. In Zukunft sollen zwar die bereits heute in Gang befindlichen Bergwerke, Bächen und Schächte zum Privatkapital wie vordem weiter betrieben werden dürfen. Das bereits erorbene Recht auf Freischürfe muß jedoch binnen dreier Jahre, unter Umständen sogar binnen dreier Monate, ausgeübt werden und zum Nachweis vorhandener Kohlenvorkommens führen. Darüber hinaus fallen alle neuen Kohlenlieferquellen dem Staate anheim, wobei allerdings, nach österreichischer Gewohnheit, wohl vielfach nicht an entsprechend ausgeübten eigenen Staatsgrubenbetrieb, sondern an Weiterverpachtung der Ausbeutung gedacht ist. Wir hätten hier also eine Wiederholung, und zwar eine ganz wesentlich verstärkte Wiederholung der lex Camp, die dem preussischen Staate für zehn Jahre das Recht der Mutung auf ein räumlich begrenztes Ausmaß von Grubenfeldern zu sichern strebt.

Selbst der äußerliche Erfolg dieses Schrittes ist bei der abermaligen Stodung des parlamentarischen Lebens in Wien noch keineswegs zu übersehen. Trotzdem nahm die Börse eine regere Tätigkeit der Rohgeschäften während der noch freien Uebergangszeit bereits in manchen recht feltamen Kurssteigerungen vorweg. Man sagte sich, daß während der Karenzzeit das Privatkapital alles nur Mögliche tun wird, um Kohlenlager wirklich nachzuweisen und zu erwerben. Aber nur aus den zuletzt üblich gewordenen Gausstretbereien ist es erklärlich, wenn eine vor anderthalb Jahren fast verdrachte Unternehmung, wie die neuerdings in Oesterreich interessierte Tiefbohrergesellschaft Kapo, an einem Tage ihre Aktien um 32 pSt. steigen sehen konnte. Zwar soll die Gesellschaft vorwiegend gasförmige Oesterreichs zu Bohrzwecken erorbern haben, als sie nach der Annahme des preussischen Berggesetzes an neue Vorbeeren in der alten Heimat nicht mehr recht denken konnte; aber es überwiegt trotzdem die phantastische Erwartung, die österreichische Kohle werde auch dieser Gesellschaft in den nächsten drei Jahren ein profitierbares neues Wirkungsfeld eröffnen.

Rechtlich wirkten die im Grunde gleichfalls noch recht nebelhaften Frühjahrsprognosen für das Baugewerbe belobend auf eine ganze Reihe von Vorhaben, selbst wenn deren Zusammenhang mit der Bautätigkeit ein sehr loser ist. Unvergleichliche Optimisten sprachen bereits von einer Hebung der Umfänge und Bestellungen in Formweisen und hieraus leiteten sie wiederum günstige Erwartungen für die Preisfrage auf Eisenbränden ab. Unvergleichliche bessere Januarverhältnisse des Stahlwerftverbandes, neben Formweisen auf Eisenbahnmaterial betreffend, mühten dieser Stimmungswelle zu Hilfe kommen. Vorläufig reden jedoch die Tatsachen noch eine ganz andere Sprache. Entschieden Anfang Februar an der Düsseldorf-Produktenbörse die eingetretene Preisänderung fast ausschließlich in Abwärtsrichtungen, nur Flußeisenbleche erfuhr eine kleine Befestigung. Es änderten sich nämlich, unter Befestigung des teuren und des vorangegangenen Preises: Spiegelblech M 64 bis M 67 (gegen vorher M 65 bis M 68), Qualitätsbuddelblechen, rheinisch-westfälische und Sieger-

Verbandskollegen! Die nächste Arbeitslorenzählung ist am 27. Februar. Niemand darf sich dieser Pflicht entziehen!

Lehrbuch für Maurer.

(Wolfs praktische Ausführung der Maurerarbeiten.)

Wer ein Handwerk nur aus Büchern erlernen wollte, würde nicht weit darin kommen, außer er wäre „Meister“ und könnte nur befehlen, ohne sich auf die Kunst des Vormachens einlassen zu müssen. Solcher „Meister“ gibt es ja heutzutage recht viel, und leider auch im Baugewerbe. Aber als Geselle kommt man mit einer solchen Lehre nicht durch die Welt, selbst wenn diese Welt von heimatischen Kirchturnen zu überhauen wäre. Für den Gesellen und Arbeiter heißt es praktisch leben, um so sich die Handfertigkeit und den richtigen Sinn für die Gestaltung seines Wertes anzueignen. Wie aber überall im Leben, so kann auch der Handwerker nicht der Theorie ganz entzogen. Das gilt auch für den Gesellen, und nicht zuletzt für den Maurer, wenn er nicht nur ein Steinepacker sein will, der weder sich noch andern Nutzen bringt über das Wesen und das Wie und Warum seiner Arbeit geben kann. Damit soll nun durchaus nicht gesagt sein, daß jeder Maurer zugleich Architekt sein müsse; aber durchaus nützlich wäre es für ihn und für das Gewerbe, wenn er in der Baukunst mehr zu Hause wäre, als es heutzutage gang und gäbe ist.

Weider ist die Lehre vielfach mangelhaft, sie bietet dem jungen Manne nicht das, was er später alles zur Ausübung seines Gewerbes bedarf. Fortbildungs- und Fachschulen sollen die Lücken ausfüllen. Dieser Schulen sind aber viel zu wenig, und meistens sind sie ganz zweckwidrig eingerichtet. In den ländlichen Gebieten wachsen Tausende von Lehrlingen des Baugewerbes heran, ohne die Möglichkeit zu

haben, Fachschulunterricht zu genießen und theoretisch in die Fächer ihres Gewerbes eingeführt zu werden. Und mit dem Anschauungsunterricht und der praktischen Betätigung ist es genöthigt auch nicht weit her, wegen der Einfachheit und Gleichmäßigkeit der Bauarbeiten. Aber auch in den Städten ist die Ausbildung der Lehrlinge nicht so, daß man sagen könnte, sie bekämen die Anleitung, wenn sie sonst den guten Willen haben, sich zu vervollständigen, allen Anforderungen gerecht zu werden.

Was nun die praktische Lehre verabsäumt hat und was die Fachschulen aus den mannigfachen Gründen haben nicht leisten können, das sollen und wollen Lehrbücher nachholen. Und ein Buch, aus dem der Durchschnittsmaurer manches lernen kann, was zu seinem Fortkommen nötig ist, ist Wolfs praktische Ausführung der Maurerarbeit. Außer einer kurzen Beschreibung über Art und Verwendungsfähigkeit der natürlichen und künstlichen Baumaterialien enthält das Buch Artikel und Zeichnungen über alle Arten Maurerarbeiten, über Arten, Herstellungsweise, Lage und Zweck der verschiedenen Mauern über das Abtreden und Einwinkeln der Grundmauern. Es folgen die verschiedenen Wogenformen und ihre teils einfachen, teils sehr komplizierten Aufrißmethoden, sowie die Benennung der einzelnen Wogenteile. Ein weiteres Kapitel bilden die Gewölbe, ihre Arten und ihre Ausführung; es sind nicht weniger als 15 verschiedene Arten genannt und dargestellt. Die Darstellung der Mauern und Gewölbe besteht nicht nur in Linienzeichnungen, sondern absehbar sind die verschiedenen Schichten, die Gewölbekonstruktionen, Schalungen und Mauern in farbigen Papieren ausgeführt. Den Gewölben- und sonstigen massiven Decken schließen sich die massiven Treppen an, die in ihren verschiedenen Formen und Ausführungen abgehandelt werden. — Außer der Beschreibung und Darstellung über die Ausführung aller wichtigen Maurerkonstruktionen enthält das Buch noch eine Reihe kurz ge-

fachter und leicht verständlicher Lehren über das Berechnen von Linien, Flächen und Körpern.

Alles in allem können wir von diesem Wolfen Lehrbuch sagen, daß es seinen Zweck, dem nur praktisch und auch da nicht genügend gebildeten Maurer weiterzugeben, ihm die selten vorkommenden Arbeiten verständlich zu machen, gut erfüllt. Mancher wird schon vor der Aufgabe werben, werden sein, und viele werden noch davor gestellt werden, irgendeine Arbeit auszuführen, die er vielleicht dem Namen nach kennt und wovon er auch eine bunte Ahnung hat, daß sie so oder so gemacht werden könne; aber sie gelingt ihm nicht, weil er die Vorbedingungen und Regeln zu der Ausführung nicht kennt. Da dürfte Wolfs Lehrbuch in den meisten Fällen ein guter Ratgeber sein. — Der Preis, M 7,50, ist ja gerade nicht billig, aber bei der verhältnismäßig geringen Auflage, die solche Bücher haben, ist er angemessen. Sowie Zweigvereine in der Lage sind, technische Werke für ihre Bibliotheken anzuschaffen, sollten sie nicht verabsäumen, auch Wolfs Buch den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Sonplatten-Mosaik.

Von Fred Hood.

Zur Bekleidung von Wänden wurden schon in frühesten Zeit Sonplatten verwendet, und man fand alte glasierte Wandflächen in Ägypten, die aus dem dritten Jahrtausend vor Christi Geburt stammen. Zur höchsten Vollkommenheit und Pracht aber entwickelte sich diese Technik zur Zeit des Islam.

Auffällig ist nun, daß eine, namentlich in Persien freigeübte Kunst, die Sonplattenmosaik, in unserer Zeit mehr und mehr vergessen wurde. Aus einem Gegenstande der edelsten Kunst, die mit besonderer Vorliebe gerade in

* Herausgegeben und Selbstverlag von Architekt Gustav Wolf, Leipzig-Schleierg. Oesterstr. 18. Preis M 7,50.

Gegen diese Wahrheit wandte sich der freikonservative Abgeordnete Freiherr v. Gamp. Er verteidigte das Schandsystem der schwarzen Listen und behauptete fälschlich, die Unternehmer seien die Elenden der Arbeiter! Und obenbreit würden die Unternehmer auch noch vom Staate „schlecht behandelt“.

Ein Fraktionsgenosse dieses Herrn, der Abgeordnete v. Dirksen, meinte, die schwarzen Listen hätten „erzieherisch“ auf die Arbeiter gewirkt!

Vom sozialdemokratischen Abgeordneten Horn bekam das Haus nochmals schwer begründete Klagen über die Verhältnisse in den Glasblüthen und die schlechte Lage der Glasarbeiter zu hören. Der jährliche Durchschnittslohn eines solchen Arbeiters beträgt 4 908.

Zu der Frage des Erlasses eines Reichstheatergesetzes zum Schutze der Bühnengehörigen, sprachen auch die Sozialdemokraten ihre Zustimmung aus. Einer ihrer Redner, der Abgeordnete Sachs, vervollständigte eingehend die Darlegungen über die Notwendigkeit des Erlasses eines Reichstheatergesetzes für den Bergarbeiterschutz.

Von besonderem Interesse sind auch noch die Ausführungen des Abgeordneten Legien über die Art und Weise, wie die amtliche Streikstatistik gemacht wird. Er legte dar, daß diese Statistik tendenziös unvollkommen und unrichtig sei, daß sie nicht, wie die gewerkschaftliche, von unzulässig, sondern von kriminalrechtlich Gesichtspunkten ausgehe. Die Unvollständigkeit der amtlichen Statistik ergibt sich daraus, daß sie gegenüber der gewerkschaftlichen für das Jahr 1907 ein Minus von 407, für den Zeitraum von 1901 bis 1907 ein Minus von 2788 Streiks aufweist, an denen ungefähr 200 000 Arbeiter beteiligt waren.

Die horrenden Ungenauigkeit erklärt sich daraus, daß die amtliche Statistik ihr Material zum größten Teil von untergeordneten Polizeibehörden bezieht. Um eine genaue und vollständige Streikstatistik zu bekommen, ist es nach der zutreffenden Erklärung Legiens notwendig, daß die amtliche Stelle die Gewerkschaften zur Mitarbeit heranzieht, und zwar auf Grund einer ausreißenden und guten Fragestellung. Da am Legien aber beim Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg schon an „Der meinte, wie die Statistik ausgeführt werden soll, könne sich das Reichsamt des Innern doch nicht von den Gewerkschaften vorschreiben lassen. Da hat sich der Herr Minister für Sozialpolitik im Ausdruck hart vergreifen. Die Gewerkschaften wollen nicht „vorschreiben“; aber sie haben ein gutes Recht zu verlangen, daß das Reichsamt des Innern die Art der Aufnahme der Streikstatistik mit den Gewerkschaften vereinbart.

Annahme fanden u. a. Resolutionen, betr. Schutz der Arbeiter der Großindustrie und der Glasblüthen; Erlass eines Reichsberggesetzes und eines Reichstheatergesetzes.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat sich nach dem treffenden Ausdruck von Theodor Barth in der „Berliner Volkszeitung“ zu dem erwarteten parlamentarischen Klassenjustiz aufgeschwungen. Der Antrag der Wahlprüfungskommission, auf Veranlassung der Mandate der sozialdemokratischen Abgeordneten Borgmann, Heimann, Firsch und Hoffmann wurde angenommen und Beweiserhebung über die Listenaufstellung in Berlin beschlossen. Wenn sich aber erweist, daß diese Listenaufstellung nicht richtig, dann müssen nicht nur die vier sozialdemokratischen, sondern alle zwölf Berliner Mandatsträger abgesetzt werden. Aber man will offensichtlich nur eine Grundlage gewinnen, um die Ungültigkeit der ersten auszusprechen. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat eine Reihe von Resolutionen zum Etat eingebracht. Die eine derselben verlangt Einbringung eines Gesetzentwurfs, durch welchen in Anlehnung an die dem Reichstage vorliegenden Vorlagen auch in staatlichen Gelehen der Verlust öffentlicher Rechte in Fällen der Gewährung von Krankenhauserhaltung und dergleichen nicht erfolgt. Eine andere Resolution fordert die Einbringung einer Vorlage zum Schutze der Bauarbeiter, insbesondere auch die Anstellung von Bauarbeiterkontrollleuten.

Weiter wird verlangt ein Ausbau der Gewerbeinspektion nach der Richtung hin, daß zu der Gewerbeaufsicht auch Ärzte und Arbeiter hinzugezogen werden und daß in jedem Gewerbeinspektionsbezirk mindestens eine weibliche Kraft angestellt wird.

Die sogenannte Wahlreform in Oldenburg ist nun auch zum Abschluß gebracht. Nach den Beschlüssen des Landtages ist die Wahl direkt. Zur Ausübung des Wahlrechts ist eine dreijährige Wartezeit für jeden Reichsdeutschen in Oldenburg Voraussetzung. Der Kreis der Wahlberechtigten ist ausgedehnt auf die, die bei anderen in Kost und Logis stehen und keinen eignen Herd besitzen. Das Wahlalter ist 25 Jahre. Jeder, der 40 Jahre alt ist, erhält eine zweite Stimme. Die Legislaturperiode ist fünfjährig. An Stelle der von der Regierung vorgeschlagenen Zweimännerwahlkreise sollen neben 19 Einzelwahlkreisen nur 12 Gruppenwahlkreise gebildet werden.

Maurerbewegung. Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland: Maurer:

Hansastädte:
Hamburg (Sperrung über die Schornsteinbaufirma Diederich);

Schleswig-Holstein:
Rendsburg (Sperren über die Karlsruhte und das Kokswerk in Aurdorf), Husum (Sperrung über A. Borzinski);

Mecklenburg:
Sülze (Sperrung über Holdorf);

Pommern:
Tropow a. d. Rega (Sperrung über Paul Wittke), Bergen a. R. (Sperrung über Rudolf Wall in Binz);

Königreich Sachsen:
Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnbaubau, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse), Mülsen (Sperren über E. Meier in Ortmanndorf und F. Döhn in Mülsen-St. Niklaus), Frankenberg (Sperrung über Winkler), Bautzen (Sperrung über Thomas);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Mersburg (Sperrung über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstedt), Weisseneis (Sperrung über die Unternehmer Menzel und Schied), Halle (Sperrung über Ifland in Passendorf), Aken (Sperrung über Karl Kartäuser);

Thüringen:
Allstedt (Sperrung über die Zuckerrfabrik), Ronneburg (Sperrung über Kretschmar), Arnstadt (Sperrung über O. Grossler);

Hannover-Oldenburg:
Hannover (Sperrung über die Firma Berger & Comp. aus Bromberg), Misburg (Sperrung über die Zementfabrik „Germania“), Osterholz-Ritterhude (Sperrung über Bahnbauten, Unternehmer Stabonow in Gütersloh), Nordenham (Sperrung über die Bauten des Metallwerks);

Westfalen und Rheinland:
Düsseldorf (Sperrung über Zensen in Benrath und über die Diakonissenanstalt in Kaiserswerth), Oeynhausen (Sperrung über das Eisenwerk „Weserrütte“);

Elbass-Lothringen:
Strassburg (Sperrung über Schütterle).

Fliessenleger:
Mülheim-Ruhr (Sperrung über Möhlenbruck & Mätheis), Cöln und Düsseldorf (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), Nürnberg (Sperrung über Ostertag & Herbst).

Isolierer und Steinholzleger:
Leipzig (Sperrung über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 28), Cöln (Sperrung über die Korkelthwerke), Chemnitz (Sperrung über Ziegler & Fritsche), Hamburg (Aussperrung).

Oesterreich:

Karlsbad:
Volp und Rätphen (Aussperrung; Differenzen im ganzen Lande).

Holland:

Die Vertragstreue der Unternehmer.
Aus Cöln schreibt man uns:

Nicht zum ersten Male müssen wir feststellen, daß die Unternehmer des Baugewerbes nicht als gleichwertiger Vertragskontrahent angesehen werden können, wo es sich um die Durchführung der einmal abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt. Bei der seit längerer Zeit herrschenden Krise im Baugewerbe versuchen sie es mehr denn je, die tariflichen Bestimmungen zu umgehen. Alle Besprechungen der Arbeiterorganisationen, ja selbst Auforderungen der Schlichtungskommissionen, sind nicht imstande, gewisse Unternehmer von ihrem tarifwidrigen Verhalten abzubringen. Sie nutzen die Notlage ihres Mitmenschen zu ihrem Vorteil aus, obwohl der § 138 des BGB. eine solche Handlungsweise als einen Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnet. Namentlich trifft dies in den Gruppen des Baugewerbes zu, wo das Affordverhältnis besteht, so u. a. bei den Putzern und Plattenlegern. Erstere waren im Laufe dieses Winters verschiedentlich gezwungen, sich das durch Vereinbarung geschaffene Recht erst durch Sperren und sonstige Maßregeln zu verschaffen. Aber auch bei den Plattenlegern liegen die Verhältnisse nicht besser. Mit den höchsten Mitteln versuchen es die Unternehmer, die Arbeiten unter Tarif hergestellt zu bekommen. Sie setzen dem einzelnen Arbeiter gewissermaßen die Pistole auf die Brust, indem sie sagen: Wenn Sie die Arbeiten für den und den Preis nicht machen wollen, so müssen Sie halt verzichten. Oder sie sagen: Die Arbeiten haben wir billiger übernommen, da können wir keine Tariflöhne dafür bezahlen. Unter dem Druck der Verhältnisse ist es dann kein Wunder, wenn sich der eine oder andre Arbeiter dem Unternehmer bestimmen läßt, die Arbeiten billiger als der Tarif vorzuschreiben, herzustellen, ohne sich zu überlegen, daß

er sich selbst und seine Organisation dadurch schädigt. Wir werfen nun die Frage auf, kann ein solches Vorgehen der Unternehmer gerechtfertigt werden? Wir sind der Auffassung, daß man im vorigen Jahre nicht umsonst wochenlang verhandelt hat, sondern daß das, was vereinbart wurde, auch beiderseitig gewissenhaft durchgeführt werden soll. Es scheint aber, als ob die Reden, die namhafte Vertreter des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe gelegentlich der Verhandlungen im vorigen Jahre vom Stapel ließen; nur stille Schaumfischgereien gewesen sind. Wie könnte es sonst vorkommen, daß in einem Organ des Arbeitgeberverbandes der Vertragsbruch öffentlich propagiert wird? Daß dieses der Fall ist, beweist die Nr. 6 der „Heimisch-Weistfälischen Arbeitgeberzeitung“, das Organ des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen. Es befindet sich nämlich folgendes Inserat in der betreffenden Zeitung:

Wahrung! günstig für Platten-geschäft!!!
Zwei tüchtige Plattenleger mit guten Zeugnissen suchen für sofort unter Tarif-Stellung. Best. Off. unter „Mofat Nr. 90“ an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Herr Schmiedehaus-Essen ist verantwortlicher Redakteur dieser Zeitung, ist auch Direktor des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen, so daß man wohl annehmen sollte, daß er derzeitigen Inseraten grundsätzlich die Aufnahme verweigert. Diesem ist jedoch nicht so; die Vertreter der Arbeitgeberverbände schließen von sich auf andre Leute, denn das hat sich noch im vorigen Herbst bewiesen, wo Herr Schmiedehaus der erste war, der aus der Sperrung Hülfe in Form eines Vertragsbruchs der Arbeiter konstatieren wollte, womit er aber kein Glück hatte.

Hebrigens ist es nicht das einzige Organ der Unternehmerorganisation, das öffentlich den Vertragsbruch propagiert, sondern auch der wöchentlich in Leipzig erscheinende „Baumaterialien-Markt“ bringt öfter Inserate, die mit der angeblichen Vertragstreue unfreies modernen Bauunternehmensmoralismus im Widerspruch stehen. So fand in der Nr. 50 dieses Blattes vom vorigen Jahre ein Inserat Aufnahme, wo sich ein sogenannter Plattenlegermeister mit einem geliebten Stamm Plattenlegern anbietet. Ausführlich heißt es hier: Keine Tarifpreise!

Daß sich eine derartige Handlungsweise nicht mit dem Wesen des Tarifvertrags verträgt, haben wir schon betont. Wir werfen daher nochmals die Frage auf: Soll dies so weiter gehen? Wir können und nicht damit einverstanden erklären! Wir sind vielmehr der Überzeugung, wenn die Unternehmer bei allgemein unter Kulturmenschen geltenden Anschauungen nicht für sich ablehnen wollen, so müssen sie gerade so gut wie wir für Innehaltung der geschlossenen Verträge öffentlich eintreten. Nun ist es nicht, sondern fahren sie in der bisher geübten Weise fort, so brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiterschaft bei gegebener Zeit den Spieß einmal umdrehen wird.

Gau Bremen.

In der Zahlstelle Seite des Zweigvereins Bremen bestand bis zum 30. Juni vorigen Jahres zwischen uns und den Unternehmern ein Vertragsverhältnis. Nach Ablauf des Vertrags wurde stillschweigend zu den alten Bedingungen weiter gearbeitet. Nun hatten unsere Kollegen am 24. Januar eine Verammlung einberufen, die sich unter anderem auch mit der Lohnfrage beschäftigte. Hiervon scheinen die Unternehmer Wind bekommen zu haben und keinetun auch gleich wild geworden zu sein, denn anders läßt sich folgendes Schreiben nicht erklären.

An den Vorstand der Maurer in Espe.
Wir erfahren, ist auf der letzten Verammlung des Arbeitervereins beschlossen worden, vom 1. April 1909 an einen Stundenlohn von 45 ct einzuführen, wobei auch in den Streik zu treten. Infolgedessen haben die Arbeitgeber vom Espe beschlossen, vom 1. April 1909 bis 31. Dezember 1910 einen Stundenlohn von 44 ct zu zahlen, falls sämtliche Arbeitnehmer keinen Verbande mitgehen wollen. Falls Sie mit dem Vertrag einverstanden sind, bitte selbigen zu unterschreiben und bis Sonntag, den 7. d. Mts., wieder zurückzuführen. Wibrigens falls Sie von heute an gerichtet, also den 18. d. Mts., gefündigt sind und eine Aussperrung stattfinden wird.
Espe, den 8. Februar 1909.

Die Arbeitgeber:
D. Aufmeyer, A. Niehaus, C. Wardeemann, F. Müller.
Die Arbeitnehmer.

Die Unternehmer wollen also den Stundenlohn, der bisher 42 ct betrug, auf 44 ct erhöhen, wenn unsere Kollegen aus dem Verbands austreten. Die Unternehmer meinen, sie wären nicht organisiert, also brauchen auch unsere Kollegen nicht organisiert zu sein. Unsere Kollegen haben den Unternehmern mitgeteilt, daß sie bereit seien, über die Lohnfrage mit ihnen zu verhandeln. Darauf haben die Unternehmer die Verhandlung auf den 12. Februar festgelegt. An der Verhandlung haben der Vorsitzende sowie der Kassierer des Zweigvereins Bremen teilgenommen, eine Einigung ist aber an dem Verhalten der Unternehmer gescheitert, die darauf bestehen, nur dann eine Lohnzulage zu gewähren, wenn unsere Kollegen aus dem Verbands austreten. Was also bisher der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nicht erreichen konnte, das wollen wir mit einem Schlag die nichtorganisierten Unternehmer in Espe fertig bringen. Namentlich denken unsere Kollegen gar nicht daran, Unternehmern den Gefallen zu tun. Im Gegenteil, sie wollen die Unorganisierten in der Umgegend in noch zu gewinnen haben. Die Unternehmer aber werden, sobald die Sonne einmal höher steht, noch einsehen, daß es doch besser ist, wenn im ganzen Gebiet geregelt wird und wenn sie sich nicht in Dinge einmischen, die sie nichts angehen.

Gau Stettin.

Die in Anklam bestehende Ortsgruppe des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe ist...

Beiliegend übersende ich einen von der Innung aufgestellten Arbeitsvertrag mit dem Vermerken...

Wie muß die Welt im Kopfe eines Innungsmeisters aussehen? Unser Verein hat die Winterpause der Unternehmung nicht fördern wollen...

Der Unternehmer W. Wahl in Witz n. N. zurzeit Geschäftsführer seines neugeborenen Sohnes Rudolf, beschließt es mit Lohnkürzungen im kleinen...

In Friedland i. Mecklenb. ist unterm alten Freund Witte der Vertragsabschluss so auf die Nerven gefallen...

An Wolke ist noch kein Vertrag abgeschlossen worden, weil die Zimmermeister wohl die zehntägige Arbeitszeit einfließen lassen...

An Schlaue haben wir unsern Vertrag getündigt und bis jetzt keine Antwort erhalten. Ein lustig Stückchen ist hier vorgekommen...

In Nischenberg-Franzburg verzögert sich der Abschluß des Vertrages, weil wir keine Vergleichsleistungen haben wollen.

Am 17. Januar fanden in Torgelow Verhandlungen auf Grund des Vertragsmuster statt. Die Unternehmer bieten bis 30. Juni 1910 42 1/2 %...

In Stettin üben die Unternehmer jetzt den Vertragsdruck ein. Den Anfang macht Maurermeister Siebzig, bei dem Umbau des Eisenbahnstationengebäudes...

Maurerlohn ausgeführt werden können. Als die Kommission vorstellig wurde, erklärte Siebzig kurz und bündig...

Nach Auffassung der Unternehmer scheint der Absatz 7 nur für Arbeiter zu gelten. Noch besser ist aber die Begründung Siebzig's, es handle sich um Notstandsarbeiten...

Wir nehmen an, daß dieser Hinweis genügt, um die Unternehmer zur sofortigen Erziehung ihrer Mitglieder zu veranlassen. Sonst müssen wir auf pommerisch für einen offenen Kopp sorgen.

- 1. Es besteht keineswegs bei den Arbeitgebern die Absicht, den Gesellen das Salten irgend eines neuen Werkzeuges aufzugeben.
2. Die Aufsicht von einer Zwischenarbeitsstelle zur anderen - gleichviel, ob Meisters Afford oder Lohn - fällt in die Arbeitszeit bzw. zählt der Arbeitgeber.
3. Die Arbeitgeber betrachten es als anständig und ordentlich, daß das Arbeitsverhältnis nach vollem Arbeitsende aufgelöst wird.
4. Unter dem Begriff 'ordentliche Arbeiten' verstehen sich die Arbeitgeber der Auffassung der Arbeitnehmer an, wo nach Spezialarbeiten, die in zwei höchstens drei Tagen fertig werden, für Maurerlohn ausgeführt werden können.

In Treprow a. d. Rega ist es dem Unternehmer Paul Witte gelungen, seine Arbeiter mit sieben Unzogenständen zu versehen, so daß er imlande ist, die dringlichsten Arbeiten fertigzustellen.

Die unterzeichneten Verbandsvorstände berufen hiermit eine gemeinsame Konferenz für die Betonbaubranche ein. Dieselle findet statt am 5. und 6. April d. J. zu Berlin, im Gewerkschaftshause, Engelsufer 15, und beginnt Montag, den 5. April, vormittags 9 Uhr.

Bekanntmachung des Vorstandes. Konferenz für die Betonbaubranche.

Die unterzeichneten Verbandsvorstände berufen hiermit eine gemeinsame Konferenz für die Betonbaubranche ein. Dieselle findet statt am 5. und 6. April d. J. zu Berlin, im Gewerkschaftshause, Engelsufer 15, und beginnt Montag, den 5. April, vormittags 9 Uhr.

Lageordnung: 1. Der Betonbau, seine Ausdehnung und die wirtschaftliche Lage der darin beschäftigten Arbeiter. 2. Agitation und Organisation.

Für den Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. J. A.: Th. Bömelburg.

Für den Vorstand des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. J. A.: Gustav Behrendt.

Die Bestimmungen über die Wahl der Delegierten lassen wir hier folgen:

Table with 2 columns: Abteilung (Berlin, Breslau, Garmen-Eberfeld, Düsseldorf, Gießen, Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden, Hamburg, Karlsruhe, Landau, Mannheim, Stuttgart) and Delegierte (3, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 2, 1, 1, 1, 1).

B. Wahrsystem.

§ 1. Die Wahlen müssen in der Zeit vom 21. Februar bis zum 21. März 1908 stattfinden.

§ 2. Die Wahl ist geheim und hat der Stimmzettel zu erfolgen; absolute Stimmenmehrheit entscheidet.

§ 3. Die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, dann hat eine Stichwahl stattzufinden.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Auslosung geschieht durch die Wahlkommission (§ 7) im Weisem des Zweigvereinsvorstandes.

§ 3. Die Wahlen dürfen nur in Mitgliederversammlungen der Sektionen für die Zement- und Betonbranche vorgenommen werden; eine Stimmabgabe außerhalb derselben ist unzulässig.

§ 4. Wahlversammlungen sind vom Zweigvereinsvorstand mit der Tagesordnung: 'Delegiertenwahl zur Konferenz für die Betonbranche' einzuberufen und den Mitgliedern in üblicher Weise bekannt zu machen.

§ 5. Bei der Wahl darf jedes anwesende Mitglied nur einen Stimmzettel abgeben.

Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind, sind ungültig.

§ 6. In den Wahlversammlungen sind zunächst die Kandidaten aufzustellen.

§ 7. Nach Aufstellung der Kandidaten ist eine Wahlkommission zu wählen, welche die Stimmzettel zu verteilen, wieder einzusammeln und das Wahlergebnis festzustellen hat.

§ 8. Nach Beendigung der Wahl hat die Wahlkommission das Wahlprotokollformular in zwei Exemplaren auszufertigen. Ein Exemplar der beiden Wahlprotokolle ist sofort, unterzeichnet von mindestens drei Mitgliedern der Wahlkommission und dem Verbandsvorstand einzuhandeln. Wahlprotokolle, die dem Verbandsvorstand nicht bis zu dem festgesetzten Termine zugelaufen werden, sind ungültig; die darin abgegebenen Stimmen werden bei Feststellung des Resultats nicht berücksichtigt.

Statistik über Arbeitslosigkeit. Der nächste Stichtag für die Feststellung der Arbeitslosigkeit ist Sonnabend, den 27. Februar.

Die Zählung kann am Abend des Stichtages beginnen und innerhalb dreier Tage nach dem Stichtage beendet sein. Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, alle Vorbereitungen für die Zählung zu treffen und darauf zu achten, daß alle Mitglieder befragt werden.

Ein Formular für die Berichterstattung an den Unterzeichneten erhalten die Vorstände in den nächsten Tagen mit der Zusendung der neuen Beitragsmarken. Sollten die am Orte befindlichen Zähllisten nicht ausreichen, dann muß uns das mitgeteilt werden, damit wir weitere Listen senden können.

Beitragsmarken. Die neuen Beitragsmarken gelangen in den letzten Tagen dieser und in den ersten Tagen der nächsten Woche zur Verfertigung.

Die alten Beitragsmarken haben mit der Einführung der neuen Marken ungenügend und dürfen zur Beitragsquittierung keine Verwendung mehr finden.

Die alten Beitragsmarken haben mit der Einführung der neuen Marken ungenügend und dürfen zur Beitragsquittierung keine Verwendung mehr finden. Die in den Zweigvereinen noch vorhandenen alten Marken müssen uns spätestens mit der Abrechnung für das erste Quartal 1909 eingesandt werden.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit der diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfügung ausbezahlt ist.

Unterfügungs-Anweisungen, wurden in der Zeit vom 7. bis 13. Februar für folgende Mitglieder erteilt:

- J. J. Mühe III - Heidelberg, Werb.-Nr. 295 798; Fred. Baumert-Magdeburg (Frau), 42 910; Aug. Carlens-Hamburg, 27 327; Heinr. Epimber-Lübeck, 88 639; J. Meyer-Fürthensfeldbrunn (Frau), 952 089; M. Kriegmeier-Schwabach, 181 086; M. Weinbauer-München, 88 162; Guß. Walzer-Groß (Frau), 19 459; Guß. Grembley-Gerfurt, 87 805; Aug. Bahget-Waldenburg i. Schl., 261 425; Frz. Wolbrich-München, 171 545; Karl Huber-München (Frau), 88 295; Joh. Buchner-München, 228 401; Herm. Wiltradt-Wublig (Frau), 148 590; Paul Schönlund-Landsburg, 212 839; G. Wendland gen. Stahl-Pöblich, 14 691; Karl Martin-Niederleben, 51 343; Joh. Klaus-Stuttgart (Frau), 390 024; Aug. Juedel-Wemert (Frau), 359 967; Guß. Kühne-Leipzig, 37 244; Aug. Briarom-Berlin (Frau), 258 872; Th. Freygang-Leipzig, 85 686; W. Wellner-Stendal, 102 285; Ernst Dralle-Winden i. B., 866 441; Heinr. Zöllner-Goldberg i. Schl., 399 454; Peter Heß-Wiesbaden, 155 067; Guß. Hunge-Fürth (Frau), 248 951; Ad. Friedmann-Hamburg, 274 342; Herm. Bachmann-Essen, 293 384.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köfer, Hamburg 1, Weisenbüchelhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 9. bis 14. Februar 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Bernat M. 65,80, Frankfurt a. M. 12 896,09, Königsberg i. d. Neum. 3,44, Minden 1800, Weg - 32, Schneidemühl 39,30, Warel 40, Pöblich 2.

b) Für Kalender. Bochum M. 125.

c) Für Protokolle. Königsberg i. d. Neum. M. 1.

Wegen diese Wahrheit wandte sich der freisinnigste Abgeordnete Herr v. Gamp. Er verteidigte das Schandsystem der schwarzen Listen und behauptete fälschlich, die Unternehmer seien die Herren der Arbeiter! Und obendrein würden die Unternehmer auch noch vom Staate "schlecht behandelt".

Ein Fraktionsgenosse dieses Herrn, der Abgeordnete v. Dirksen, meinte, die schwarzen Listen hätten "erzieherisch" auf die Arbeiter gewirkt!

Vom sozialdemokratischen Abgeordneten Horn bekam das Haus nochmals schwer begründete Klagen über die Mißstände in den Glashütten und die schlechte Lage der Glasarbeiter zu hören. Der jährliche Durchschnittslohn eines solchen Arbeiters beträgt A. 908.

Zu der Frage des Erlasses eines Reichstheatergesetzes zum Schutze der Bühnengehörigen, sprachen auch die Sozialdemokraten ihre Zustimmung aus. Einer ihrer Redner, der Abgeordnete Sachse, vervollständigte eingehend die Darlegungen über die Notwendigkeit des Erlasses eines Reichstheatergesetzes für den Arbeiterfuß.

Von besonderem Interesse sind auch noch die Ausführungen des Abgeordneten Legien über die Art und Weise, wie die amtliche Statistik gemacht wird. Er legte dar, daß diese Statistik tendenziös unvollkommen und unrichtig sei, daß sie nicht, wie die gewerkschaftliche, von sozialen, sondern von kriminalrechtlicher Gesichtspunkte ausgehe. Die Unvollständigkeit der amtlichen Statistik ergibt sich daraus, daß sie gegenüber der gewerkschaftlichen für das Jahr 1907 ein Minus von 407, für den Zeitraum von 1901 bis 1907 ein Minus von 2788 Streiks aufweist, an denen ungefähr 200 000 Arbeiter beteiligt waren. Die herrschende Ungenauigkeit erklärt sich daraus, daß die amtliche Statistik ihr Material zum größten Teil von untergeordneten Polizeiorganen bezieht. Um eine genaue und vollständige Statistik zu bekommen, ist es nach der zutreffenden Erklärung Legiens notwendig, daß die amtliche Stelle die Gewerkschaften zur Mitarbeit heranzieht, und zwar auf Grund einer ausreichenden und guten Fragestellung. Da das Legien aber beim Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg schon an. Der meinte, wie die Statistik ausgeführt werden soll, könne sich das Reichsamt des Innern doch nicht von den Gewerkschaften vordrängen lassen. Da hat sich der Herr Minister für Sozialpolitik im Ausdruck fast vergiffen. Die Gewerkschaften wollen nicht "vorschreiben"; aber sie haben ein gutes Recht zu verlangen, daß das Reichsamt des Innern die Art der Aufnahme der Statistik mit den Gewerkschaften vereinbart.

Annahme fanden u. a. Resolutionen, betr. Schutz der Arbeiter der Großindustrie und der Glashütten; Erlass eines Reichsbürgergesetzes und eines Reichstheatergesetzes.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat sich nach dem treffenden Ausdruck von Theodor Barth in der "Berliner Kollegezeitung" zu dem erwarteten parlamentarischer Klassenjugit aufgeschwungen. Der Antrag der Wahlprüfungscommission, auf Befestigung der Mandate der sozialdemokratischen Abgeordneten Borgmann, Heimann, Hirsch und Hoffmann wurde angenommen und Beweiserhebung über die Listenaufstellung in Berlin beschlossen. Wenn sich aber erweist, daß diese Listenaufstellung nicht richtig, dann müssen nicht nur die sozialdemokratischen, sondern alle zwölf Berliner Landtagsmandate laßiert werden. Aber man will offensichtlich nur eine Grundlage gewinnen, um die Ungültigkeit der ersteren auszusprechen. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat eine Reihe von Resolutionen zum Etat eingebracht. Die eine derselben verlangt Einbringung eines Geschenkverwehrs, durch welchen in Anlehnung an die dem Reichstage vorliegenden Vorlagen auch in künftigen Sitzungen der Verlust öffentlicher Rechte in Fällen der Gewährung von Krankenhäuser Unterstützung und dergleichen nicht erfolgt. Eine andre Resolution fordert die Einbringung einer Vorlage zum Schutze der Bauarbeiter, insbesondere auch die Anstellung von Bauarbeiterkontrollleuten.

Weiter wird verlangt ein Ausbau der Gewerbeinspektion nach der Richtung hin, daß zu der Gewerbeaufsicht auch Ärzte und Arbeiter hinzugezogen werden und daß in jedem Gewerbeinspektionsbezirk mindestens eine weibliche Kraft angestellt wird.

Die sogenannte Wahlsreform in Oldenburg ist nun auch zum Abschluß gebracht. Nach den Beschlüssen des Landtages ist die Wahl direkt. Zur Ausübung des Wahlrechts ist eine dreijährige Wartefrist für jeden Reichsdeutschen in Oldenburg Voraussetzung. Der Kreis der Wahlberechtigten ist ausgedehnt auf die, die bei andren in Kost und Logis stehen und keinen eignen Verd besitzen. Das Wahlalter ist 25 Jahre. Jeder, der 40 Jahre alt ist, erhält eine zweite Stimme. Die Legislaturperiode ist fünfjährig. An Stelle der von der Regierung vorgeschlagenen Zweimännerwahlkreise sollen neben 19 Einzelwahlkreisen nur 12 Gruppenwahlkreise gebildet werden.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:
Hamburg (Sperre über die Schornsteinbaufirma Diedrich);

Schleswig-Holstein:
Rendsburg (Sperren über die Karlsütte und das Kokswerk in Andorf); **Rusum** (Sperre über A. Borzinski);

Mecklenburg:
Sülze (Sperre über Holdorf);

Pommern:
Treptow a. d. Rega (Sperre über Paul Wittke), **Bergen a. R.** (Sperre über Rudolf Wahl in Binz);

Königr. Sachsen:
Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse); **Mülten** (Sperren über E. Meier in Ortmansdorf und F. Döhn in Mülten-S. Nikolaus); **Frankenberg** (Sperre über Winkler), **Bautzen** (Sperre über Thomas);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Kornburg (Sperre über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstädt); **Weissenfels** (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt); **Halle** (Sperre über Ifland in Passendorf); **Aken** (Sperre über Karl Kartäuser);

Thüringen:
Allstedt (Sperre über die Zuckerfabrik); **Ronneburg** (Sperre über Kretschmar); **Arnstadt** (Sperre über O. Grossler);

Hannover-Oldenburg:
Hannover (Sperre über die Firma Berger & Comp. aus Bromberg); **Misburg** (Sperre über die Zementfabrik „Germania“); **Osterholz-Ritterhude** (Sperre über Bahnbauten, Unternehmer Stabonow in Gütersloh); **Nordenham** (Sperre über die Bauten des Metallwerks);

Westfalen und Rheinland:
Düsseldorf (Sperre über Zensen in Benrath und über die Diakonissenanstalt in Kaiserswerth); **Oeynhausen** (Sperre über des Eisenwerk „Weserhütte“);

Elsaß-Lothringen:
Strassburg (Sperre über Schütterle).

Fliessenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperre über Möhlenbruck & Matheis); **Ölän** und **Düsseldorfer** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Karbaum aus Bonn); **Nürnberg** (Sperre über Ostertag & Herbst);

Isolierer und Steinholzleger:
Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Molkestr. 28); **Ölän** (Sperre über die Korkelithwerke); **Chemnitz** (Sperre über Ziegeler & Fritsche); **Hamburg** (Aussperrung).

Oesterreich:

Karlsbad.
Holland:
Velp und Kütphen (Aussperrung; Differenzen im ganzen Lande).

Die Vertragstreue der Unternehmer.

Aus Ö. N. schreibt man uns:

Nicht zum ersten Male müssen wir feststellen, daß die Unternehmer des Baugewerbes nicht als gleichwertiger Vertragskontrahent angesehen werden können, wo es sich um die Durchführung der einmal abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt. Bei der seit längerer Zeit herrschenden Krise im Baugewerbe versuchen sie es mehr denn je, die tariflichen Bestimmungen zu umgehen. Alle Beschwerden der Arbeiterorganisationen, ja selbst Auforderungen der Schlichtungscommissionen, sind nicht imstande, gewisse Unternehmer von ihrem tactwidrigen Verhalten abzubringen. Sie nützen die Notlage ihres Mitmenschen zu ihrem Vorteil aus, obwohl der § 188 des O. G. B. eine solche Handlungsweise als einen Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnt. Namentlich trifft dies in den Gruppen des Baugewerbes zu, wo das Verhältniß besteht, so u. a. bei den Putzern und Plattenlegern. Erstere waren im Laufe dieses Winters verschiedentlich gezwungen, sich das durch Vereinbarung geschaffene Recht erst durch Sperren und sonstige Maßregeln zu verschaffen. Aber auch bei den Plattenlegern liegen die Verhältnisse nicht besser. Mit den häßlichsten Mitteln versuchen es die Unternehmer, die Arbeiten unter Tarif hergestellt zu bekommen. Sie setzen dem einzelnen Arbeiter gewissermaßen die Pistole auf die Brust, indem sie sagen: Wenn Sie die Arbeiten für den und den Preis nicht machen wollen, so müssen Sie halt verzichten. Oder sie sagen: Die Arbeiten haben wir billiger übernommen, da können wir keine Tarifhöhe dafür bezahlen. Unter dem Brunde der Verhältnisse ist es dann kein Wunder, wenn sich der eine oder andre Arbeiter vom Unternehmer bestimmen läßt, die Arbeiten billiger als der Tarif vorzuschreiben, herzustellen, ohne sich zu überlegen, daß

er sich selbst und seine Organisation dadurch schädigt. Wir werfen nun die Frage auf, kann ein solches Vorgehen der Unternehmer gerechtfertigt werden? Wir sind der Auffassung, daß man im vorigen Jahre nicht umsonst wochenlang verhandelt hat, sondern daß das, was vereinbart wurde, auch beiderseitig gewissenhaft durchgeführt werden soll. Es scheint aber, als ob die Aeden, die namhafte Vertreter des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe gelegentlich der Verhandlungen im vorigen Jahre dem Stapel liegen, nur eitle Schamschlagereien gewesen sind. Wie könnte es sonst vorkommen, daß in einem Organ des Arbeitgeberverbandes der Vertragsbruch öffentlich propagiert wird? Daß dieses der Fall ist, beweist die Nr. 6 der „Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberzeitung“, das Organ des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen. Es befindet sich nämlich folgendes Inserat in der betreffenden Zeitung:

Achtung! günstig für Platten-

geschäfts!

Zwei tüchtige Plattenleger mit guten Zeugnissen suchen für sofort unter Tarif Stellung. Gefl. Off. unter „Kofast Nr. 90“ an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Herr Schmiedehaus-Effen ist verantwortlicher Redakteur dieser Zeitung, ist auch Direktor des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen, so daß man wohl annehmen sollte, daß er derartigen Inseraten grundsätzlich die Aufnahme verweigerte. Diesem ist jedoch nicht so; die Vertreter der Arbeitgeberverbände schließen von sich auf andre Leute, denn das hat sich noch im vorigen Herbst bewiesen, wo Herr Schmiedehaus der erste war, der aus der Sperre Hülfe in Ersehung eines Vertriebsbruchs der Arbeiter konstruieren wollte, womit er aber sein Glück hatte.

Uebrigens ist es nicht das einzige Organ der Unternehmerorganisation, das öffentlich den Vertragsbruch propagiert, sondern auch der wöchentlich in Leipzig erscheinende „Baumaterialien-Wart“ bringt öfter Inserate, die mit der angeblichen Vertragstreue unfres modernen Bauunternehmertums im Widerspruch stehen. So fand in der Nr. 50 dieses Blattes vom vorigen Jahre ein Inserat Aufnahme, wo sich ein sogenannter Plattenlegermeister mit einem geliebten Stamm Plattenlegern anbietet. Ausdrücklich heißt es hier: Keine Tarifpreise!

Daß sich eine derartige Handlungsweise nicht mit dem Wesen des Tarifvertrags verträgt, haben wir schon betont. Wir werfen daher nochmals die Frage auf: Soll dies so weiter gehen? Wir können uns nicht damit einverstanden erklären! Wir sind vielmehr der Ueberzeugung, wenn die Unternehmer die allgemein unter Kulturmenschen geltenden Anschauungen nicht für sich ablehnen wollen, so müssen sie gerade so gut wie wir für Innehaltung der geschlossenen Verträge öffentlich eintreten. Nun ist es nicht, sondern fahren sie in der bisher gelübten Weise fort, so brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiterschaft bei gegebener Zeit den Spieß einmal umdrehen wird.

Gau Bremen.

In der Zahlstelle Syle des Zweigvereins Bremen bestand bis zum 30. Juni vorigen Jahres zwischen uns und den Unternehmern ein Vertragsverhältnis. Nach Ablauf des Vertrages wurde hinsichtlich zu den alten Bedingungen weiter gearbeitet. Nun hatten unsre Kollegen am 24. Januar eine Versammlung einberufen, die sich unter anderem auch mit der Lohnfrage beschäftigte. Hierbon scheinen die Unternehmer Blind bekommen zu haben und schienen auch gleich wild geworden zu sein, denn anders läßt sich folgendes Schreiben nicht erklären.

An den Verband der Maurer in Syle.

Wie wir erfahren, ist auf der letzten Versammlung des Arbeitervereins beschlossen worden, vom 1. April 1909 an einen Stundenlohn von 46 S einzuführen, wobei falls in den Streik zu treten. Infolgedessen haben die Arbeitgeber vom Syle beschlossen, vom 1. April 1909 bis 31. Dezember 1910 einen Stundenlohn von 44 S zu zahlen, falls sämtliche Arbeitnehmer keinen Verbands mehr angedehnt wollen. Falls Sie mit dem Verträge einverstanden sind, bitte selbigen zu unterschreiben und bis Sonntag, den 7. d. Mts., wieder zurückzugeben. Widrigenfalls Sie von heute an gerechnet, also den 18. d. Mts., gekündigt sind und eine Aussperrung stattfinden wird.

Syle, den 8. Februar 1909.

Die Arbeitgeber:

D. Aufmeher, J. Michael, C. Wardeemann, F. Müller.

Die Arbeitnehmer:

Die Unternehmer wollen also den Stundenlohn, der bisher 42 S betrug, auf 44 S erhöhen, wenn unsre Kollegen aus dem Verbands austreten. Die Unternehmer meinen, sie wären nicht organisiert, also brauchten auch unsre Kollegen nicht organisiert zu sein. Unsre Kollegen haben den Unternehmern mitgeteilt, daß sie bereit seien, über die Lohnfrage mit ihnen zu verhandeln. Darauf haben die Unternehmer die Verhandlung auf den 12. Februar verschoben. An der Verhandlung haben der Vorsitzende sowie der Kassierer des Zweigvereins Bremen teilgenommen, eine Einigung ist aber an dem Verhalten der Unternehmer gescheitert, die darauf bestehen, nur dann eine Lohnzulage zu gewähren, wenn unsre Kollegen aus dem Verbands austreten. Was also bisher der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nicht erreichen konnte, das wollen wir einem Schlage die nichtorganisierten Unternehmer in Syle fertig bringen. Namentlich denken unsre Kollegen gar nicht daran, den Unternehmern den Gefallen zu tun. Im Gegenteil, sie wollen die Unorganisierten in der Umgebung noch zu gewinnen suchen. Die Unternehmer aber werden, sobald die Sonne etwas höher steht, noch einlehen, daß es doch besser ist, wenn im ganzen alle geregelt wird und wenn sie sich nicht in Dinge einmischen, die sie nicht angehen.

Gau-Stettin.

Die in Anklam bestehende Ortsgruppe des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe...

Beiliegend überende ich einen von der Innung aufgestellten Arbeitsvertrag mit dem Vermerken...

Wir muß die Welt im Kopfe eines Innungsmeisters auslesen! Unser Verein hat die Winterpause der Unternehmer nicht hören wollen...

Der Unternehmer W. Wahl in Witz a. N. zurzeit Geschäftsführer seines neugegründeten Sohnes Rudolf, bezieht sich mit Lohnkürzungen im kleinen...

In Friedland i. Mecklenb. ist unsern alten Freund Witte der Vertragsabschluss so auf die Herzen gefallen...

In Woldegk ist noch kein Vertrag abgeschlossen worden, weil die Zimmermeister wohl die gebräuchliche Arbeitszeit einführen...

In Schlawa haben wir unsern Vertrag gekündigt und die jetzt keine Antwort erhalten. Ein lustig Stückchen ist hier vorgekommen...

In Nichtenberg-Franzburg versogt sich der Abschluß des Vertrages, weil wir keine Verjährungsbedingungen haben wollen.

Am 17. Januar fanden in Torquow Verhandlungen auf Grund des Vertragsunterst. statt. Die Unternehmer bieten bis 30. Juni 1910 42 1/2 %...

In Stettin üben die Unternehmer jetzt den Vertragsdruck ein. Den Anfang macht Maurermeister Stieberg...

Maurerlohn ausgeführt werden können. Als die Kommission vorstellig wurde...

Im § 8 des Vertrages heißt es im Absatz 1: Streitigkeiten aus diesem Vertrage sind durch eine Schlichtungskommission...

Nach Auffassung der Unternehmer scheint der Absatz 7 nur für Arbeiter zu gelten. Hier besser ist aber die Begründung Stiebergs...

1. Es besteht keineswegs bei den Arbeitgebern die Absicht, den Gesellen das Halten irgend eines neuen Vertrags auszuweichen.

2. Die Kautzige von einer Wischenarbeitsstelle zu anderen - gleichviel, ob Meisters Hoford oder Lohn - fällt in die Arbeitszeit bezw. zählt der Arbeitgeber.

3. Die Arbeitgeber betrachten es als anständig und ordentlich, daß das Arbeitsverhältnis nach vollem Arbeitszuge abends gelöst wird.

4. Unter dem Begriff „ortsübliche Arbeiten“ schließen sich die Arbeitgeber der Auffassung der Arbeitnehmer an, wo nach Spezialarbeiten...

Wir nehmen an, daß dieser Hinweis genügt, um die Unternehmer zur zehnjährigen Erzielung ihrer Mitglieder zu veranlassen...

In Treptow a. d. Rega ist es dem Unternehmer Paul Kitzke gelungen, seine Arbeiten mit hiesigen Inorganikern zu belegen...

Bekanntmachung des Vorstandes.

Konferenz für die Betonbaubranche.

Die unterzeichneten Verbandsvorstände berufen hiermit eine gemeinsame Konferenz für die Betonbaubranche ein...

Tagesordnung: 1. Der Verbau, seine Ausdehnung und die wirtschaftliche Lage der darin beschäftigten Arbeiter.

Für den Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. J. A.: Th. Bömelburg.

Für den Vorstand des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. J. A.: Gustav Behrendt.

Die Bestimmungen über die Wahl der Delegierten lassen wir hier folgen:

A. Wahlabteilungen. Abteilung 1. Berlin. 2. Breslau. 3. Barmen-Elsfeld. 4. Düsseldorf. 5. Cassel. 6. Frankfurt a. M. 7. Mainz. 8. Wiesbaden. 9. Hamburg. 10. Karlsruhe. 11. Landau. 12. Mannheim. 13. Stuttgart.

B. Wahlreglement. § 1. Die Wahlen müssen in der Zeit vom 21. Februar bis zum 21. März 1909 stattfinden.

§ 2. Die Wahl ist geheim und hat per Stimmzettel zu erfolgen; absolute Stimmenmehrheit entscheidet.

§ 3. Die Wahlen dürfen nur in Mitgliederversammlungen der Sektionen für die Zement- und Betonbranche vorgenommen werden...

§ 4. Wahlverfahren: Die Wahlberechtigten sind vom Zweigvereinsvorstand mit der Tagesordnung...

§ 5. Bei der Wahl darf jedes anwesende Mitglied nur einen Stimmzettel abgeben.

§ 6. In den Wahlversammlungen sind zunächst die Kandidaten aufzustellen.

§ 7. Nach Aufstellung der Kandidaten ist eine Wahlkommission zu wählen, welche die Stimmzettel zu verteilen, wieder einzusammeln...

§ 8. Nach Beendigung der Wahl hat die Wahlkommission das Wahlprotokollformular in zwei Exemplaren auszufertigen. Ein Exemplar ist sofort, unterzeichnet von mindestens drei Mitgliedern...

Statistik über Arbeitslosigkeit.

Der nächste Stichtag für die Feststellung der Arbeitslosigkeit ist Sonnabend, den 27. Februar.

Die Zählung kann am Abend des Stichtages beginnen und muß innerhalb dreier Tage nach dem Stichtage beendet sein.

Ein Formular für die Berichterstattung an den Unterzeichneten erhalten die Vorstände in den nächsten Tagen mit der Zusendung der neuen Vertragsmarken...

Die neuen Vertragsmarken gelangen in den letzten Tagen dieser und in den ersten Tagen der nächsten Woche zur Besetzung...

Die alten Vertragsmarken sind mit der Einföhrung der neuen Marken unzulässig und dürfen zur Vertragsquittierung keine Verwendung mehr finden.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 7. bis 13. Februar für folgende Mitglieder erteilt:

J. J. Mühle III - Heidelberg. Verb.-Nr. 295 738; Frdr. Baumert-Magdeburg (Frau), 42 910; Aug. Carlens-Damburg, 27 327; Heinr. Spindler-Lübeck, 83 639; J. Weper-Jülich...

Gesuchungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Wendenbushof 56, zu adressieren.

In der Zeit vom 9. bis 14. Februar 1909 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Bernau M. 85,80, Frankfurt a. M. 12 896,09, Königsberg i. b. Neum. 3,44, Witten 1800, Pleg - 32, Schneidemühl 39,30, Barel 40, Fabrg 2.

b) Für Kalender. Bochum M. 125.

c) Für Protokolle. Königsberg i. b. Neum. M. 1.

- a) Für „Grundstein“-Einbanddecken.
Wesse M. 1,10, Frankfurt a. M. 5,60, Grünberg i. Schl. 2,20.
- b) Für Anzeigen in „Grundstein“.
Bernau M. —, 90, Perleberg —, 60, Wandersb. 1,60.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Otto Hoffmann (Verb.-Nr. 319763), Jos. Sarag-Wolling (424 425), Joh. Ruhmann-Weg (401 187), Ernst Grob-Schulz (Marie - Nr. 20 666), Chr. Hübner - Lillit (Karte - Nr. 28 780), Friedr. Schmidt-Bosen (44 208), Ernst Krey-Barmen (61 888), W. Reil - Köln (60 629), D. Erdmaling - Würzburg (180 975), Otto Barth-Diary (232 938), W. Zarmarkowitsch-Selensirchen (233 262), W. Förster-Niea (234 679), Ferdinand Roggendorfer-München (263 998), Hermann Schorling-Bremen (263 685), Wilhelm Groß-Deffau (63 772), Gustav Seemann-Deffau (879 723), Peter Walter-Mannheim (111 380), Karl Andler-Mannheim (181 363), Kaiser Schmeberger-Freiburg i. Br. (412841), Josef Inen-Freiburg i. Br. (877 883), Ernst Krey-Barmen-Schleiden (61 888), W. Hofmann-Brandau (273 737), Wilh. Ehrhardt-Berlin (2164), Peter Pfele-Schleswig (152 627).

Gestorben sind einige Patere des am 22. August 1878 in Langendorf geborenen Kollegen Wilhelm Hesse. Dieselben können bei uns abgefordert werden.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Crefeld: Josef Hagemes (Verb.-Nr. 488 168), Heinrich Hagemes (466 883), Hermann Hagemes sen. (439 474), Fritz Bornbusch (176 673), Franz Borgs (273 454), Karl Galtz (284 722), Treuenbrieken: K. Kramer (325 174); Sonneberg i. Th.: Hermann Bertich (321 637); Wandersb. Vorstand: Otto Groß aus Hamburg (202 537) wegen Streifbruchs in Rastbad i. Pöhlen.

NB. Die Namen vorstehender Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Ausgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Frankenberg i. S.: Gustav Herde, geb. am 5. Januar 1865 zu Schöden (Verb.-Nr. 94 522); Selensirchen-Buer: Ewald Klauke, geb. am 10. März 1883 zu Kraußwitz (442 993); Dortmund: D. Käfer, geboren am 17. Juli 1878 zu Selsbach (71 708).

Kollegen, denen der Ruhestuhl des Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen. Der Vorstand.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstagvormittags in unseren Händen sind.

Besig. Am 7. Februar fand unsere Mitglieder-versammlung statt, die wie immer, schlecht besucht war; von 83 waren ganze 14 Mann erschienen! Es ist recht beschämend für unseren Zweigverein, daß im vorigen Jahre drei Versammlungen nicht stattfinden konnten und daß die anderen nur von durchschnittlich zehn Mann besucht waren. Es wird von den Kollegen behauptet, wenn nur sechs Mann anwesend sind, muß die Versammlung abgehalten werden. Sehr schön. Sechs Mann beschließen, 77 Ichnen sich gegen die Beschlüsse auf. Der Vorliegende bekommt vom Hauptvorstand Sachen zur Erledigung zugeführt, die er oft unnützig mit sich herumträgt. Und wenn er sich im Auftrage der Versammlung schriftlich an bestimmte Kollegen wendet, so muß er sich dünne Keden gefallen lassen. Darum ist es natürlich, wie dem Vorstand die Leitung bereitet wird. Es fehlt nur noch, daß die Kollegen mit dem Knüttel aufgedungen werden. Und das sollen Ehrenposten sein! Wir danken! In der Arbeit sind wir dumm, zu beratigen Sachen gut genug. Wir fragen uns nun: Weshalb haben die Kollegen kein Interesse für den Verband? Wir mutmaßen, daß die Kollegen mit der Leitung nicht zufrieden sind, denn 14 von 83 Mann beweisen so gut wie nichts, wenn auch den Kollegen die alten Kosten wieder aufgewungen worden sind. Ferner mutmaßen wir, daß sich die Kollegen mit 26 1/2 Stundenlohn sehr wohl fühlen; denn wer keine Ursache zu Hagen hat, bleibt zu Hause hinterm Ofen und singt das schöne Lied: Freund, ich bin zufrieden, geh es wie es will, unter meinem Dache lieh ich froh und still. Hat einmal ein Kollege einen falschen Zungenstoß getan, so redet man nicht ruhig mit ihm darüber, sondern man schmeißt ihn in der Versammlung tüchtig aus, natürlich wenn er abnunglos abwesend ist. Mit derartigen Sachen wird denjenigen, die noch Interesse haben, der Versammlungsgesetz verleidet. Organisation heißt: einer für alle; in Belgien: alle für gar keinen. Unter diesen Umständen haben wir es fast, die Kollegen weiter um besseren Versammlungsgesetz zu kämpfen. Sie trotzen doch lieber im Vergnügungsverein hinter der Mäusl her, wie die Herde hinterm Schäfer. — Es tut uns sehr leid, derartige Sachen berichten zu müssen, aber hier wird es zur Pflicht, kein Blatt vor den Mund zu nehmen. (Da der Bericht Unter-schrift und Stempel trug und im ausdrücklichen Auftrag der Versammlung verfaßt wurde, hatten auch wir keinen Verus, dies — höfentlich reinigende — Gewitter zu verhindern. Die Redaktion.)

Berlin. Die Sektion der Gips- und Zementbrände hielt am 29. Januar in den „Armin-hallen“ eine Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Verschmelzung der Sektionsklasse mit der Zweigvereinsklasse und die Vereinheitlichung der „Grundstein“-Verbreitung und Hausfassung, berichtete

der Vorstehende, Kollege Gaele, folgendes: Auf dem achtsten (außerordentlichen) Verbandstag in Hannover wurde zum § 4 b des Statuts beschlossen, daß durch die Gliederung des Zweigvereins in Sektionsklassen und Sektionen die einheitliche Verwaltung der Kasse, wie auch die einheitliche Einziehung der Beiträge und Verbreitung des „Grundstein“ nicht berührt werden darf. Infolge dieser Änderung des Statuts war der Sektionsvorstand gebildet, um dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, und hat beschlossen, eine Änderung in unträn Kassen-geschäften vorzuschlagen, indem wir unsere Sektionsklasse mit der des Zweigvereins verschmelzen und auch die einheitliche Hausfassung der Beiträge und Verbreitung des „Grundstein“ einführen. Im übrigen bleibt die eigene Verwaltung und Leitung der Sektion bestehen. Die Sektionsbildung wird durch das neue Statut noch begünstigt, indem in allen Zweigvereinen, wo mehr als zehn Mitglieder bauend in einem Spezialberuf beschäftigt sind, eine Sektion zu errichten ist. Die geschäftliche Entwicklung der Organisation in Berlin hat es mit sich gebracht, daß heute noch im Zweigverein drei Hausverwaltungen bestehen, und zwar für die Maurer, für die Reger und für die Gips- und Zementbrände. Jede Sektion besorgt die Entlastung der Beiträge und Verbreitung des „Grundstein“ gesondert, und so kommt es häufig vor, daß, wo in einer Familie oder in einem Hause mehrere Mitglieder des Zweigvereins wohnen, ebenso viele Haus-fassierer und „Grundstein“-verbreiter ins Haus kommen. Daß durch diese Zersplitterung der Kassen viel Zeit und Kraft vergeudet wird, der Mehrkosten gar nicht zu gedenken, ist selbstverständlich. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar; mit der Entwicklung der Spezialberufe im Bauwesen macht sich auch auf diesem Gebiete eine Verände-rung notwendig. Wir haben uns bereits in den Bestim-mungen mit diesem Punkt befaßt, wo in einzelnen Be-zirken eine mehr oder minder starke Opposition gegen diesen Plan hervorgerufen ist. Die opponierenden Kol-legen meinen, daß durch die Aufhebung der Selbstständig-keit in der Kassenverwaltung die Bewegungsfreiheit der Sek-tion eingeschränkt würde und daß die Kollegen dann nicht mehr in dem Maße an der Organisation interessiert wären, wie wenn die Kassafrage der Sektion bliebe. Demgegenüber ist zu bemerken, daß für die Sektion nach wie vor das Selbstbestimmungsrecht in ihren Angelegen-heiten bestehen bleibt und daß wir nicht, wie einzelne Kollegen annehmen, in unsere Beschlüsse dann vom Zweigverein abhängen. In diese Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion, nachdem ein Antrag, die Angelegen-heit zu vertagen und den Gruppenversammlungen zu über-weisen, abgelehnt worden war. Ferner lag ein Antrag des Bezirks Rixdorf vor, den Antrag des Sektionsvorstandes abzulehnen, da bei einer Verschmelzung der Sektionsklasse mit der des Zweigvereins das Interesse der Kollegen der Gips- und Zementbrände nicht mehr so vertreten werde wie früher. Nachdem eine Anzahl Redner gegen und für die Verschmelzung gesprochen hatten, wurde die Diskussion geschlossen und ein Antrag angenommen, wonach in den Gruppenversammlungen über die Frage weiter diskutiert und danach in einer demnächst stattfindenden General-versammlung darüber beschlossen werden soll. Unter „Ge-werkschaftliches“ wurde ein Antrag des Sektionsvorstandes gegen wenige Stimmen angenommen, den Kollegen, die an den Abwechsellern der Gipsbrände im Dezember be-teiligt waren, aus Mitteln der Sektionskasse die Unter-züfung für die ersten drei Streiftage nachzugeben. Voraussetzung hierzu ist, daß sie feinerzeit ihre Unter-züfung abgehoben, sich ordnungsmäßig zur Kontrolle ge-meldet und im übrigen ihre Papiere vollständig in Ord-nung haben. Wegen Streifbruchs, begangen bei der letzten Abwechsellern in der Gipsbrände, wurden mehrere Mitglieder ausgeschlossen. Eine öffentliche Rüge erhielten die Mitglieder Rabispüber Gustav Wille, Rudolf Engel, Wilhelm Bull und Karl Bedürftig, die Rabispänner Wilhelm Neugebauer und Heinrich Schlicht.

Chemnitz. Der Zweigverein hielt am 3. Februar die erste Generalversammlung ab, in der der Jahresbericht erfaßt und die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen wurde. Bevor man in die Tagesordnung eintrat, ehrte man das Andenken des verstorbenen Kollegen Richter in üblicher Weise. Der Jahresbericht war jedem Mitglied gedruckt zugeföhrt worden. Aus diesem sei folgendes entnommen: Die Bautätigkeit war im vergangenen Jahre auch in Chemnitz infolge der Krise schlecht. Schon im Frühjahr war sie schwächer als andere Jahre, sie wurde zwar bis zum Hochsommer etwas besser, ist aber von da an ganz hart gefallen. Es waren deshalb auch hier immer viele Kollegen arbeitslos. Singu kommt, daß auch das Chemnitzer Bauunternehmertum den im Jahre 1907 vereinbarten Lohn zum größten Teile nicht gezahlt hat. Es wurden nicht 60 1/2, sondern meistens nur 47 und 48 1/2 pro Stunde gezahlt, der Durchschnittslohn betrug nur 48 1/2. Aber auch diesen Lohn glaubten verschiedene Unter-nehmer nicht zahlen zu brauchen. Es machte sich deshalb oft das Eingreifen des Zweigvereinsvorstandes notwendig. Es waren hauptsächlich die nichtorganisierten Unternehmer, die den Lohn kürzten. Aber auch die Mitglieder des Arbeitgeberbundes versuchten in einigen Fällen ihr Glück, obwohl der Vorstehende erklärte, er werde bei den Mit-gliedern seinen Einfluß dahin geltend machen, daß mög-lichst der Lohn von 60 1/2 gezahlt würde. Wir haben im Berichtsjahre sieben Baupersonen zur Abwech von Lohn-reduzierungen und eine, um den verdienten Lohn zu sichern, verhängt. Diese Sperren endeten teils nach kurzer, teils nach längerer Dauer, mit Erfolg. Die Mitgliederzahl hatte am Schlusse des zweiten Quartals eine Höhe er-reicht, wie nie zuvor, ist aber dann ganz gewaltig ge-sunken, so daß sie am Jahreschlusse niedriger ist als am Jahreschlusse 1907. Die Einnahme der Hauptkasse betrug M 28 907,15 abgezinst wurden M 18 255,01. Die Ein-nahme der Lokalkasse betrug M 15 456,01, die Ausgabe M 8309,81, es bleibt ein Kassenbestand von M 7146,20. Es wurden verkauft 449 Eintrittsmarken, das sind 771 weniger als im Jahre 1907. Beitragsmarken wurden verkauft 58 015, das sind 6741 mehr als im vorigen Jahre. Bevor die Neuwahl vorgenommen wurde, wurde von einem Kollegen beantragt, das Gehalt des ersten Kassierers zu regeln, daß es 10 Pst. höher wäre als der ortsübliche

Zagelohn. Da im Jahre 1907 beschlossen worden ist, daß das Gehalt nach der Regelung des Güter-Verbandstages zu bezahlen ist, so befreit der jetzige Antrag eine Lohn-reduktion. Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag abgelehnt. Gemäßt wurden zum ersten Vorsitzenden Emil Reiter, zum ersten Kassierer Robert Gaisch. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde beschlossen, den Vor-standsmitgliedern zusammen M 50 Entschädigung zu be-willigen. Am Schlusse der Versammlung erteilte der Vor-sitzende alle Kollegen auf, den Vorstand in jeder Weise zu unterstützen und mitzuarbeiten für das Wohl der All-gemeinheit.

Coblenz. (Aus besonderen Gründen verspätet.) Der hiesige Zweigverein hielt am 24. Januar seine General-versammlung ab. Nachdem das Andenken der gestorbenen Kollegen Müller-Gils und Junglas-Coblenz in üblicher Weise gelehrt worden war, erstattete der Kassierer den Ge-schäfts- und Kassenbericht. Erwähnenswert heraus ist, daß die Privatbautätigkeit bedeutend geringer als im Vorjahre gewesen. Dieser Umstand wirkte, vereint mit der allge-meinen Wirtschaftskrise, sehr entmutigend auf die Kollegen. Eingermessen aufmunternd wirkte allerdings die sonderbare Auffassung der Unternehmer bezüglich der tariflichen Er-höhung des Stundenlohnes am 1. April von 42 1/2 auf 45 1/2. Die Herren waren der Meinung, daß wir angesichts der vielen arbeitslosen Kollegen am Orte sowie der großen An-zahl durchgreifender Arbeitslosen froh sein sollten, daß wir überhaupt noch 42 1/2 erhielten. Diese Zummutung, vereint mit einer recht brutalen Behandlung seitens der Kolliers, brachte denn auch unsere Kollegen bei der Firma Meyer & Sohn am Neubau des Oberpräsidiums derart auf, daß sie beschlossen, nicht früher die Arbeit aufzunehmen, bis der tariflich festgesetzte Lohn von 45 1/2 pro Stunde bezahlt würde. Als nun gar der Kollege Pfeiffer, der auf der Bau-stelle erschien, um mit den Kollegen in der Baubude über die Angelegenheit zu reden, von dem Kollier Fuchs aufgefordert wurde, die Baustelle zu verlassen, war die Baupartei fertig, indem die Kollegen gleich mit Pfeiffer zusammen die Bau-stelle verließen. Am selben Tage allerdings war die Sperr-aktion erledigt. Nachdem von der Firma der Tarif wieder anerkannt worden war, der fehlende Lohn von 3 1/2 pro Stunde von der vorhergehenden Löhnung nachgezahlt und das Restgehende abgegeben worden war, die Versammlung der 64 Kollegen zu bezahlen (d. h. den Tag voll zu bezahlen), wurde die Arbeit 1 Uhr mittags wieder aufgenommen. Diese Maßnahme bezweckte auch, daß die übrigen Unternehmer den Lohn, so wie er im Tarif festgelegt ist, bezahlten. Aller-dings gab es auch noch Zusammenstöße. So z. B. bei der Firma Nolte am Neubau des Korpsbefehlungsamtes. Auch hier mußte, weil der Herr Bauführer, ein noch ziemlich junger, aber um so brutalerer Mensch, der Meinung war, daß der Tarif nicht für alle Kollegen bestünde, die Arbeit niedergelegt werden. Aber auch hier war die Angelegenheit recht schnell geregelt; die Arbeit konnte nach vierstündiger Unterbrechung wieder aufgenommen werden. Leider waren die Kollegen an dieser Baustelle durch die allgemeine Ar-beitslosigkeit derart eingeschüchtert, daß sie sich nach diesem Siege die erbärmlichste Behandlung gefallen ließen. Der noble Herr Bauführer verstand es, mit dem Revolver in der Tasche in der raffiniertesten Weise diesen Umstand zum Schaden der Kollegen auszunützen, indem er den einen gegen den anderen auspielte. So konnte er seine im Früh-jahr gemachte Aeußerung: „Ich bringe Euch so weit, daß Ihr mir aus der Hand frecht!“ wirklich in die Tat umsetzen, ohne daß ein Eingreifen der Organisationsleitung möglich war. Die Mitgliederzahl bewegte sich folgendermaßen: Auf-genommen wurden im Berichtsjahre 162, zugeworfen sind 41, abgetreten 356, ausgeschieden 62, gestorben 2 und wegen Beitragsrückstände gestrichen 40; Bestand am Jahreschlusse 512 Mitglieder. Versammlungen fanden statt: 11 öffent-liche, 21 Mitglieder- und 2 Generalversammlungen. In den Zahlstellen fanden 86 Besprechungen statt. Vorstand-sitzungen wurden 15 abgehalten. Die Zweigvereinskasse wurde sechsmal seitens der Kolliers und des Vorstandes geprüft. Die Abrechnung der Lokalkasse ergab eine Einnahme von M 4055,54, eine Ausgabe von M 3947,87 und einen Bestand von M 107,67. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Zweigvereinsauschusses wurden alle Kollegen, mit Aus-nahme des Schriftführers, wiedergewählt. Nachdem Kollege Pfeiffer die Anwesenheit aufgefordert hatte, im laufenden Jahre etwas mehr mitzuarbeiten, damit das vom Vorstande gesteckte Ziel, die dem Verbands noch fernstehenden Kollegen zu organisieren, sowie den Arbeitslohn der Kollegen in Ober-weich sowohl als auch in Ems, Rastau, Nieder- und Ober-lahnstein in entsprechender Weise zu erhöhen und am 1. April in Coblenz den Lohn laut Tarif von 45 1/2 auf 46 1/2 zu erhöhen, wirkungsvoller durchzuführen zu können, wurde die Versammlung geschlossen.

Crefeld. Am 31. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Auf Antrag des Zweigvereins-vorstandes wurden die Kollegen Karl Galtz und Franz Borgs aus Anrath aus dem Verbands ausgeschlossen, weil sie dem Verbands gehörendes Geld für sich verbaucht hatten. Ein Antrag der Sektion der Pliesener, die Kollegen Fritz Bornbusch, Joseph Hagemes, Heinrich Hagemes und Ger-mann Hagemes sen. auszuscheiden, weil sie während der Sperr-aktion über die Firma Hilbing zu Streiftagearbeiten geordnet waren, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Der Kassierer verlas sodann die Quartals- und Jahresabrech-nung. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betragen im Berichtsjahre M 6976,57. Die Lokalkasse hatte eine Ein-nahme von M 3518,18 und eine Ausgabe von M 3866,86. Kollege Hochhändler erklärte im Namen der Revisoren die Abrechnung für richtig, auf seinen Antrag wurde dem Kas-sierer Decharge erteilt. Dann erstattete Kollege Fabor den Jahresbericht. Durch einen Beschluß, die beiden Zweig-vereine Crefeld und M.-Glabach-Mheyl zu verschmelzen, hat sich die Anstellung eines Lokalbeamten notwendig ge-macht. Leider hat sich die Hoffnung, den Zweigverein zu dem zu machen, was er sein müßte, nicht erfüllt. Die Wirt-schaftskrise hat sich, wie überall im ganzen Reiche, so auch in unrem Zweigvereinsgebiete, recht stark bemerkbar ge-macht. Das ganze Jahr hindurch haben wir viele arbeits-lose Kollegen gehabt; auch die Hoffnung, daß, wie in früheren Jahren, im Herbst eine bessere Bautätigkeit kommen würde, hat sich leider nicht erfüllt. Viele Kollegen haben ihren

beruf aufgegeben und sind als Erbarbeiter zum Kanalbau gegangen, zu Stundenlöhnen von 32 bis 38 g; andere Kollegen, darunter auch verheiratete, haben das Zweigvereinsgebiet verlassen. Diese Notlage haben sich die Unternehmer, besonders im Landreise, zunutze gemacht, um den Tarif zu umgehen. Auch die Wiesener Unternehmer glauben, nicht nötig zu haben, den im Jahre 1906 abgeschlossenen Vertrag innezuhalten. Was wir von dem Verhalten der Herren denken, haben wir ihnen in der am 7. November abgehaltenen Sitzung gesagt, aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. So wenig wie in Biersen, so hätten die Unternehmer auch in den übrigen Orten nicht so handeln können, wenn die Kollegen der Organisation angehört hätten. Öffentlich werden die Maurer und Bauarbeiter die richtige Lehre aus dem Verhalten der Unternehmer ziehen und sich in allerhöchster Zeit der Organisation anschließen. Dies gilt besonders für die Wiesener und Rheider Kollegen, da in diesen beiden Städten im März die Verträge ablaufen. Zum Streit kam es im Berichtsjahre nur bei den Pfleisenlegern, deren Bewegung mit vollem Erfolge beendet werden konnte. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Quartal 318, im zweiten 316, im dritten 317, im vierten 233; neu eingetreten sind im Berichtsjahre 51 Kollegen, übergetreten von den Christlichen und von der freien Vereinigung 21 Kollegen. Versammlungen haben stattgefunden: Mitgliederversammlungen 82, öffentliche 23, Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes 18, Besprechungen 38. In den meisten Versammlungen wurden Klagen über mangelhaften Bauarbeiterlohn geführt; auch in dieser Beziehung könnte vieles gebessert werden, wenn die Kollegen alle organisiert wären. Daß wir uns auf die in Betracht kommenden Behörden nicht verlassen können, sollten die Maurer und Bauarbeiter doch endlich begreifen lernen. Wie nun die Bautätigkeit im Jahre 1909 sein wird, wissen wir noch nicht, daß sie aber besser als im vergangenen Jahre werden wird, kann jetzt schon gesagt werden. Nicht nur in Grefeld, auch in Biersen, M. Gladbach und Rheider wird, nach den Bauangeboten zu urteilen, eine bedeutend bessere Bautätigkeit Platz greifen. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Hubert Schröder als erster Vorsitzender und Kollege Johann Habor als erster Kassierer gewählt. Mit der Ermahnung, daß jeder an seinem Platze, sei es wo es sei, auch in diesem Jahre seine Pflicht im Interesse der Organisation tun möge, schloß der Vorsitzende, Kollege Schröder, die gut besuchte Versammlung.

Darmstadt. (Jahresbericht.) Bei dem wirtschaftlichen Niedergang im Baugewerbe gestaltete sich die Agitation sehr schwierig. Obgleich im Zweigvereinsgebiete noch Hunderte von unorganisierten Maurern mochten, war es uns nicht möglich, die Mitgliederzahl zu erhöhen; im Gegenteil, sie ging von 1500 im Jahre 1907 auf 1250 in der Berichtsperiode zurück; ein Verlust also von 250 Mitgliedern. So bedauerlich diese Erscheinung gerade in Anbetracht der abwärts tendierenden Verhältnisse im Baugewerbe auch ist, so liegt doch kein Grund zu übertriebenen Besorgnissen vor. Wenn auch die Verhältnisse in einzelnen Orten, z. B. in Dieburg, Groß-Zimmern, zum Teil auch in den Baustellen an der Bergstraße, an dem Verlust der Mitglieder mit schuld sind, so ist das Hauptkontingent des Verlustes doch auf den Rückgang der Bautätigkeit im allgemeinen zu setzen. Es ist festzustellen, daß durchschnittlich im Jahre 1908 höchstens 200 Kollegen arbeitslos und 300 in anderen Betrieben für einen geringeren Lohn beschäftigt waren. Eine genaue Uebersicht über die Entwicklung der Bautätigkeit in den letzten sieben Jahren ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich:

Art der Gebäude	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
Wohnhäuser	211	194	159	191	129	98	31
Bauten für gewerbliche und industrielle Zwecke	83	104	44	47	24	20	11
An- und Umbauten	81	50	70	49	41	28	11

Zu der aufgeführten Privatbautätigkeit kommen allerdings die Bauten an der Bahnhofsanlage, die im Durchschnitt für 70 Maurer Arbeitsgelegenheit boten.

Wie aus diesen Zahlen ersichtlich ist, war besonders in den drei letzten Jahren ein starker Rückgang in der Bautätigkeit zu verzeichnen, nicht allein in der Stadt Darmstadt, sondern auch auf dem flachen Lande, mit Ausnahme einzelner Orte, die für die dort wohnhaften Maurer Arbeitsgelegenheit boten. Welchen Einfluß die schlechte Bautätigkeit auf die Zahl der beschäftigten Maurer ausübte, ist aus nachfolgender Statistik ersichtlich, die in den Jahren 1904 bis 1908, und zwar im Juli, also in der Zeit der Hochkonjunktur, von der Organisationsleitung aufgenommen wurde:

Es waren beschäftigt	1904	1905	1906	1907	1908
Kollere	60	56	52	38	20
Maurer	628	526	558	378	193
Lehrlinge	99	79	77	56	40
Zugelöhner	228	208	208	156	134

Diese Zahlen beweisen uns auf das deutlichste den enormen Rückgang der Bautätigkeit in dem Hauptarbeitsort des Zweigvereins.

Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß sich mancher Baustellenleiter in Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage seiner Aufgabe, die er zu erfüllen hat, nicht gemacht zeigte, oder deutlich gesagt, nicht den Willen hatte, um seine Pflicht als Vorstand gegenüber der Organisation zu erfüllen. In manchen Orten wäre es möglich gewesen, den Mitgliederzahl abzuschwächen, wenn die einzelnen Vorstände den Willen und Maßnahmen der Zweigvereinsleitung gefolgt wären. Durch die eigenartige Gliederung des Zweigvereins und seiner zweigvereinsweisen Ausdehnung ist es dem Ausschuss nicht möglich, die Orte so zu besuchen, wie es die Vorstände immer wünschen. Hier kann nur die Selbsthilfe der Baustellen wirken, indem sich die Kollegen mehr und mehr gegenseitig ausbilden und ein jeder zum Agitator für unsere gute Sache wird und aufklärend wirkt. Bei der weiten Ausdehnung unseres Zweigvereinsbereichs und bei den uns zur Verfügung stehenden wenigen zweigvereinsbegabten Kollegen ist die geleistete Agitationsarbeit trotzdem angemessen, das zeigen die abgehaltenen Versammlungen, Sitzungen und Besprechungen. Dazu kommt die alljährliche unerlässliche Bauten- und Haus-

agitation in Stadt und Land. Der Zweigvereinsausschuss hielt im ganzen 15 Sitzungen ab; Zweigvereinsvorstands- (Baustellenvertreter-) Sitzungen fanden fünf statt. In Königreichen mit dem Bauvorstand- und sämtlichen Zweigvereinsleistungen im Bau nahm der Ausschuss fünfmal teil. Bauvertrauensmännerversammlungen und Platzverammlungen fanden je eine statt. Im gesamten Zweigverein fanden 181 Mitglieder- und 48 öffentliche Versammlungen neben 133 Vorstandssitzungen und 134 Kassenrevisionen statt. Agitationsreisen wurden vom Ausschuss 154 unternommen, wovon 39 zu öffentlichen, 50 zu Mitgliederbesprechungen, 32 zu Besprechungen und 33 zur Baustellenagitation in den einzelnen Baustellen dienten. Lohnbewegungen hatten wir im Jahre 1908 vier.

Die Kollegen von Bensheim reichten, nachdem der Vertrag abgelaufen war, den Unternehmern ihre Forderungen ein, unter anderem forderten sie Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 50 g. Es fanden Unterhandlungen statt; eine Verständigung scheiterte an dem Herrenstandpunkt und Starren der Unternehmer. Ja, die Herren erklärten der Lohnkommission, die Maurer möchten nur streiken, es sei jetzt die beste Zeit dazu. Nachdem die Unternehmer jede weitere Unterhandlung abgelehnt hatten, wandte sich die Lohnkommission an den Bürgermeister von Bensheim, mit der Bitte, eine Unterhandlung anzubahnen. Der Bürgermeister berief auf einen Sonntagmorgen eine gemeinsame Sitzung ein, aber welche Enttäuschung mußte er erleben! Die Vertreter der Maurer waren erschienen und nur ein Unternehmer, der nach unserer Meinung nur geschickt war, um zu hören, was gemacht werden sollte. Herr Freytag erklärte, unter diesen Umständen nicht in die Beratung einzutreten und bereitete sich mit dem Bemerkens, daß er jederzeit, wenn es gewünscht werde, den Parteien zur Verfügung stände. Die Kollegen von der Bergstraße beschloßen, die Sache bis auf weiteres zu vertagen, um es bei einer anderen Zeit den Unternehmern heimgucken zu lassen. In Gahn bei Pflungstadt schlossen wir im Jahre 1907 mit den Unternehmern einen Vertrag, worin festgelegt worden ist, daß vom 1. April 1908 bis zum 1. April 1909 eine Lohnerhöhung von 2 g eintreten solle. Die kleinen Kräuter von Gahn, die mehr Maurer als Unternehmer sind, erklärten, was sie im Jahre 1907 unterschrieben hätten, sei für sie nicht mehr maßgebend, wenn es nicht pass, der könne gehen. Die Kollegen von Gahn legten deshalb am 18. April die Arbeit nieder. Die Sperre dauerte 12 Wochen und kostete A. 578,23. Sie fand dadurch ihr Ende, daß die Unternehmer ihre Arbeit selbst machen und daß unsere Kollegen anderweitig in Arbeit traten und sich verpflichteten, nicht eher in Gahn zu arbeiten, bis der vereinbarte Lohn bezahlt wird. Durch die Aussperrung der Pfleisenleger und Kapispaper in Frankfurt a. M. wurden die Betonarbeiter bei der Firma Buchheim & Heister, Zweiggebiets Darmstadt, ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Der Auslast dauerte 5 Wochen und endete mit einem Vergleich zwischen den Parteien, der später zu einem Vertrag führte; innerhalb der Vertragszeit tritt eine Lohnerhöhung von 2 g pro Stunde ein. Die Ausgaben für diese Bewegung betrugen A. 682,06. Der Bauarbeiterlohn, der besonders in den Krisenjahren von den Unternehmern in der größten Weise vernachlässigt wird, bildet mehr und mehr den Grund zu Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern, ja, die Verhältnisse spizen sich manchmal so zu, daß man mit einem ernstlichen Konflikt rechnen muß. Die Unternehmer weigern sich einfach, den Arbeitern eine anständige, den familiären Bestimmungen entsprechende Bauhöhe oder einen Abort aufzustellen. Eine alte Arbeiterbude, worin in den meisten Fällen das Geschirr oder die Materialien lagern, soll die Stätte sein, wo der Bauarbeiter seine Mahlzeiten einnehmen soll. In dem Neubau des Gaswerks, ausgeführt von der Firma Ferdinand Werth & Heinrich Braun, waren ungefähr 60 Arbeiter beschäftigt; nicht mehr als 25 gingen in die Bude, die anderen mußten entweder im Freien oder in der Wirtschaft ihre Mahlzeiten einnehmen. Die Organisation führte Beschwerde, die Folge war, daß die Herren Werth und Braun eine Anzahl Maurer und Bauhilfsarbeiter entließen. Auch die Herren von der Baugewerkschaft stehen den Unternehmern treu zur Seite. Es ist festzustellen worden, daß der Beamte der Berufsgenossenschaft, Herr Sang aus Darmstadt, die Beschwerdeführer bei den Unternehmern benutzte, worüber wir an anderer Stelle ausführlicher berichten werden. Der Zweigverein besteht aus 35 Baustellen, denen nochmals 8 Filialen angegliedert sind, insgesamt erstreckt er sich auf 43 Orte. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1908 1250. Aufgenommen wurden im Berichtsjahre 93 Mitglieder, davon waren schon einmal Mitglied 39, ausgereist sind 17, abgetreten 249, ausgeschieden 7, gestorben 11, zum Militär eingezogen 52, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 82 Mitglieder. Von den 1250 Mitgliedern hatten 55 Beitragsrückstände, und zwar 41 von 1 bis 10 Wochen und 14 über 10 Wochen.

Die Kassenverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen: Die Gesamteinnahmen betrugen A. 33 421,96; an die Hauptkasse wurden abgeandt in bar: A. 8824,16, für Streiks gaben wir aus Mitteln der Hauptkasse A. 1260,29 aus, für Reiseunterstützung im Winter A. 224, für Reichstags in zwei Fällen A. 48,65, für einen gemäßigten Kollegen A. 85, für Krankenunterstützung in 401 Fällen A. 5405,70, für Steuerunterstützung in 11 Fällen A. 470. Die Ausgaben im Zweigverein und in den Baustellen betrugen A. 9669,19; der Kassenbestand des Zweigvereins beträgt A. 6224,93; der Baustellen insgesamt A. 1052,99. Wenn wir die schlechten Wirtschaftsverhältnisse in Betracht ziehen und uns die Frage vorlegen, haben alle Mitglieder getan, was im Interesse der Organisation zu tun war, so muß sie bejaht werden. Wohl hat ein Teil der Kollegen in der schwierigen Situation seine Schuldsigkeit getan, aber die Masse der Mitglieder hat teilnamlos beiseite gestanden. Nicht nur den Beitrag zahlen und dafür hinter dem Bierische nagen, sondern praktisch mitarbeiten sichern uns den Sieg. Deshalb, Kollegen vom Zweigverein Darmstadt, ist es eure Pflicht, eure Ehrenpflicht, mitzuarbeiten an dem Befreiungsschritt des Proletariats, wo ihr Gelegenheits dazu habt.

Deutsches Ufa. Am 3. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab. Gaultier Höpfer referierte über: „Arbeitslosigkeit und deren Ursachen“. In seinem einfindigen Vortrage führte er den Kollegen vor Augen, wie notwendig es sei, in der schlechten Konjunktur fest zur Organisation zu halten. In der Diskussion wurde

der schlechte Veranlassungsbesuch gerügt und die Anwesenden wurden ermahnt, für einen besseren Besuch zu wirken. Es wurde beschlossen, eine rege Agitation zu entfalten, um die uns noch fernstehenden Kollegen dem Verbande zuzuführen. Bedauerliche Klage wurde über die Inertheit mancher Mitglieder erhoben, die bei jeder Gelegenheit die Ortsverwaltung angehen und ihr das Vertrauensamt schwer machen. Möge ein jeder einsehen, wie gut unsere Organisation gestellt ist, wenn jedes Mitglied seinen Verpflichtungen nachkommt.

Dortmund. (Aufforderung.) Alle Kollegen, die im Herbst 1908 aus der Kolonie in Rüntze b. Berne a. d. Lippe in Westf. bei den Unternehmern Weißhof & Sohne aus Bedum und Wilde aus Berne a. d. Lippe gearbeitet haben, werden ersucht, von den genannten Unternehmern ihren zu wenig erhaltenen Stundenlohn zu erlangen. Die Schlichtungskommission hat beschlossen, daß der Lohn nachgezahlt werden muß. Sollten die Kollegen ihren Lohn nicht erhalten, so ist dies sofort an R. Nicolaus, Dortmund, Kesselfingstraße 32, zu melden.

Dresden. Am 2. Februar fand in den „Reichshallen“ unsere Generalversammlung statt. Zuerst gedachte der Vorsitzende der im letzten Quartal Verstorbenen, deren Andenken die Kollegen durch Erheben von den Sigen ehrten. Den Jahresbericht erstattete der Kollege Barth. Er ging zunächst auf das im vergangenen Jahre mit den Unternehmern abgeschlossene Vertragsverhältnis ein, das uns zwar nicht befriedigt, das wir aber, gestützt durch die Verhältnisse, annehmen mußten. Die Kollegen sehen das heute auch ein. Im Bezirk Radeberg und Dippoldiswalde waren schon früher Löhne mit steigender Tendenz vertraglich festgelegt. In mehreren Orten der betreffenden Bezirke erfolgt in diesem Jahre eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden. In den Bezirken Bismarck, Radeberg und Glasbütte ist keine Lohnerhöhung erfolgt, teilweise sogar Lohnnagel. Im Bezirk Neustadt wurde der Lohn durch Streik um 1 g pro Stunde erhöht. In den Bezirken Ramenz und Pulsnitz haben die Unternehmer freiwillig 2 g pro Stunde zugelegt. Wäre dies geschehen, wenn nicht ein größerer Teil der dortigen Kollegen im Zentralverband der Maurer organisiert wäre? Außerdem ist mit einzelnen Unternehmern in verschiedenen Bezirken der Lohn durch Vertrag geregelt worden. Den Kassenbericht gab der Kollege Bürger. Demnach bilanziert die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe mit A. 95 841,45. Die Kassa hat für 1908 folgenden Kassenabfluß: Kassenbestand von 1907 und Einnahme 1908 A. 136 835,42, Ausgabe A. 35 184,71, verbleibt ein Kassenbestand von A. 101 650,71. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Dehage erteilt. Die Mitgliederzahl unseres Zweigvereins betrug am Schluß des Jahres 5358. Beim zweiten Punkt: Wahl des Zweigvereinsvorstandes und der Revisoren, kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen. Es wurde beantragt, die jetzt im Bureau beschäftigten Kollegen wiederzuwählen, und zwar durch Stimmzettel, den zweiten Vorsitzenden und zweiten Kassierer per Abstimmung. Die Wahl ergab folgendes: Barth, erster Vorsitzender, Bürger, erster Kassierer, Paul, Schriftführer, Hallenbo, zweiter Vorsitzender, Anrumschütz, zweiter Kassierer. Bei der Revisorenwahl nahm von 13 vorgeschlagenen Kollegen nur der Kollege Fiedel an, alle anderen lehnten ab. In dieser Situation beantragte Kollege Friedrich, die Revisorenwahl in der nächsten Versammlung vorzunehmen. Dem stimmte die Versammlung zu. Vor der Wahl der Kartelldelegierten erstattete zunächst Kollege Nießner den Bericht. Er berichtete über den Stand der Kassenkassette und des Volkshauses. Ein von ihm eingetragener Antrag, den Beschluß des Gewerkschaftskartells anzuerkennen, der dahin geht, daß für jedes an das Kartell angeschlossene Gewerkschaftsmitglied A. 3 ginstreik dem Volkshauses zugeführt werden, wurde einstimmig angenommen. Zu Kartelldelegierten wurden die Kollegen Schröder, Anrumschütz, Elshöjg und Klingner gewählt. Bei der Wahl der Beschwerdekommision entpinn sich dieselbe aufgeregte Debatte, wie bei der Revisorenwahl; alle vorgeschlagenen Kollegen lehnten ab. Diese Wahl soll ebenfalls in der nächsten Versammlung vorgenommen werden. Die Wahl der Delegierten zum Gautag ging glatt vor sich. Der Mitgliederzahl entsprechend wählte die Stadt Dresden neun Delegierte. In „Gewerkschaftslokale“ ernannte Kollege Bürger die Anwesenden, den Austrägen des „Grundstein“ nicht zuzulassen Beschwerden zu machen; wenn diese beauftragt seien, Fragen an die Mitglieder zu stellen, geschähe es zu zweien der Statistik oder zu anderen gewerkschaftlichen Zwecken. Die Mitglieder verlangten vom Vorstand Berichte über den Stand der Organisation, mithin müsse auch jeder Kollege dafür sorgen, daß die Beauftragten die richtige Antwort erhalten.

Baustelle Räßschendroba. Sonntag, den 7. Februar fand im „Goldenen Inter“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Henke erstattete den Bericht von der Zweigvereinskonferenz. Die Debatte über diesen Punkt gestaltete sich sehr lebhaft, hauptsächlich über die Arbeitslosenstatistik, und über Unterhaltungsfragen; auch wurde ein, diesbezüglicher Antrag mit Stimmenerhebung angenommen. Bei der Wahl der Zweigvereinsleitung wurden die jetzt im Bureau beschäftigten Kollegen wiedergewählt. Als Delegierter zur Gaukonferenz, die am 28. Februar im „Volkshaus“ in Dresden stattfindet, wurde für die Wohnortskassen der Kollege Henke gewählt. In „Gewerkschaftslokale“ wurde beschlossen, abwechselnd Disziplinabende in denen in Frage kommenden Ortskassen regelrecht einzuführen.

Stößen. Die am 7. Februar abgehaltene Versammlung war von 24 Kollegen besucht. Kollege Höber aus Halle referierte unter Anerkennung über: „Arbeiter- und Unternehmerverbände“. Danach gab der Vorstand das Ergebnis der Arbeitslosenstatistik bekannt. Es sind von 121 Mitgliedern 118 befragt worden; von diesen zeigten 81, und zwar wegen Mitterungsverhältnissen 68, wegen Arbeitsmangels 13. Kollege Höber besprach dann noch die Arbeitsverhältnisse beim Unternehmer. Höber in Höhe, wo sich die Kollegen viele Schichten stellen lassen müssen. Dem Kollegen Höber wurden für sein Red, weil er es viel für die Organisation benutzen muß, A. 20 Entschädigung bewilligt. In der nächsten Versammlung wird Genosse

Güldenbergsalle einen sozialpolitischen Vortrag halten. Die Kollegen seien schon jetzt darauf hingewiesen.

Frankfurt a. M. Zahlstelle Largensfeld. Am 7. Februar fand unsere alljährliche Generalversammlung statt, wozu auch Kollege Schneider aus Frankfurt erschienen war. Leider war sie aber trotz der wichtigen Tagesordnung nur schwach besucht. Nach dem Jahresbericht betrug die Einnahme für die Hauptkassa A 31222,80, davon wurden abgezahlt A 2860,66. Die Einnahme der Nebenkasse betrug A 418,05, die Ausgabe A 431,93, es bleibt also ein Defizit von A 13,88. Da der bisherige Vorsitzende eine Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Peter Schleich als erster Vorsitzender gewählt, der übrige Vorstand blieb im Amt. Hierauf nahm Kollege Schneider das Wort zu einem Vortrage über die Arbeiten der Organisation in diesem Jahre, wobei er besonders die Agitation auf den Baustellen empfahl; der dabei gemächtigten Kollegen sollte die weitestgehende Unterstützung gewährt werden. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Fraustadt. Am 7. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine ordentliche Generalversammlung ab, die leider schwach besucht war. Der Kassierer Joseph Gahn verlas die Abrechnung vom vierten Quartal 1908 und die Jahresabrechnung, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurden. Hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurde Kollege Ernst Gindrich als erster Vorsitzender und Kollege Joseph Gahn als Kassierer gewählt. Dann berichtete Kollege Gindrich über die Konferenz am 10. Januar in Marzisch, wobei er die Kollegen ermahnte, mehr für die Agitation zu tun, besonders bei der in nächster Zeit vorzunehmenden Hausagitation. Dann forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, in diesem Jahre die Versammlungen besser zu besuchen.

Obttingen. Am 2. Februar tagte im Saale des Herrn Achilles (Neustadt) unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Wille, gab zunächst einen Rückblick auf das vergangene Jahr 1908, das weit hinter den Erwartungen der Gewerkschaften zurückgeblieben ist. Bei der Tarifbewegung haben wir in Göttingen noch ziemlich glimpflich abgekommen; denn laut Tarif sieht uns vom 1. April d. J. eine Lohnherabsetzung von 2 1/2 pro Stunde zu. Die Bauwirtschaft scheint in diesem Jahre gut zu werden; hoffentlich werden dann auch die Versammlungen wieder besser besucht als im vorigen Jahre. Kollege Wille ernannte die Kollegen, für die Organisation zu arbeiten, damit wir, wenn es im Jahre 1910 zum Kampfe komme, gerüstet seien. Hierauf erfolgte die Annahme der Zweigvereinsleistung. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Wille, zum ersten Kassierer Kollege Schwarz gewählt. In „Verchiedenes“ teilte der Kollege Wille mit, daß die Beiträge in diesem Jahre gut bezahlt seien; es seien noch einige Rückhänger dazwischen, die den Rest aber auch bald zahlen würden. Die Abrechnung vom vierten Quartal konnte leider nicht fertiggestellt werden, weil sie der alte Kassierer, Kollege Wette, noch nicht fertiggestellt hat. Statutengemäß muß vom 1. April 1909 an ein wöchentliches Beitrag von 45 s erhoben werden. Es wurde der Antrag gestellt, eine Eintrittsmarke von 50 s einzuführen; dafür sollen die Kolonnenmarken wegfallen. Ein endgültiger Beschluß kam nicht zustande. Ueber diesen Punkt soll am 9. Februar eine Generalversammlung einberufen werden. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, die nicht der Zentralrentenliste angehören, sich so bald wie möglich beim Kassierer zu melden.

Geislingen. Am 7. Februar hielt unser Zweigverein seine ordentliche Generalversammlung ab, die leider schwach besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal 1908 und die Jahresabrechnung, die für richtig befunden wurden. Hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Es ist bedauerlich, daß von 61 Mitgliedern nur 28 erschienen waren. Nächsten in Zukunft die Kollegen mehr Erzieher zeigen zum Wohle der Gesamtheit. Es sind immer dieselben Personen, die anwesend sind.

Heilbronn. Am 7. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung, die sich mit dem Krankenwesen, dem Bauarbeiterstand und mit Verbandsangelegenheiten befaßten sollte. Man sollte glauben, der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen hätten es sich sämtliche Kollegen zur Pflicht gemacht, zur Versammlung zu kommen. Leider war das nicht der Fall, so daß wir den ersten Punkt der Tagesordnung nicht erledigen konnten. Was den größten Teil der Heilbronner Kollegen betrifft, so hat man auch an diesem Sonntag beobachtet können, daß viele morgens ihren gewöhnlichen Frühgang machen und mittags in ihrem Schlaf dann nicht mehr wachen, daß eine Versammlung mit wichtiger Tagesordnung stattfindet. Es ist leider zu bedauern, daß obwohl alle Kollegen ihr Hauptamt bekommen, so wenige Zuhörer für den Arbeiterstand zeigen; denn sonst wäre sie besser besucht gewesen. Nach Erledigung verschiedener anderer Punkte schloß der Vorsitzende die sehr schwach besuchte Versammlung mit einem kräftigen Appell an die zuerst bestehende Kommission für Bauarbeiterstand in Heilbronn. Sie müsse härter vorgehen in ihren Berichten und den städtischen Angestellten in Erinnerung bringen, daß der Baukontrollen nicht Diener des Bauherrn sein, sondern städtischer Baukontrollen, in welcher Eigenschaft er nicht für einzelne Firmen, sondern für das allgemeine Wohl der Arbeiter zu wirken habe. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 19. Februar mit der zurückgefallenen Tagesordnung statt. Öffentlich werden daran mehr Kollegen teilnehmen.

Kaisla. Die am 29. Januar abgehaltene Versammlung war annähernd gut besucht. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal sowie die Jahresabrechnung. Die Jahreseinnahme und Ausgabe für die Hauptkassa betrug A 887,80. Die Jahresabrechnung der Nebenkasse ergab eine Einnahme von A 564,43, eine Ausgabe von A 200,15 und einen Bestand von A 364,28. Die Mitgliederzahl beträgt am Jahresabschluss 57. Mitgliederversammlungen haben 25, Vorstandssitzungen 12 stattgefunden. Die Kasse wurde durch die Revisoren geordnet und durch den Zweigvereinsvorstand siebenmal revidiert. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf wurden drei Kollegen zur Arbeitslosenagitation gewählt und ihnen ans Herz gelegt, die Agitation forsch und pünktlich auszuführen. Dann wur-

den zwei Kollegen als Kartelldelegierte gewählt. Unter „Verchiedenes“ erläuterte Kollege Pfeiffer die Verschmelzung unserer Bibliothek mit der Zentralbibliothek sämtlicher Gewerkschaften. Die Kollegen stimmten diesem zu. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, in diesem Jahre recht tätig für den Verband zu sein und die Versammlungen recht fleißig zu besuchen.

Kayna. Am 7. Februar tagte unsere Generalversammlung. Dem Kassierer wurde nach Entlastung des Jahresberichts Entlastung erteilt; an dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht schloß sich eine längere Mißsprache. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Emil Sänger zum ersten Vorsitzenden und Kollege Armin Bergner zum ersten Kassierer gewählt. Unter „Verchiedenes“ wurde es getadelt, daß die erkrankten Kollegen der Unternehmung wegen Geld für die ärztlichen Mittel ausgehen müssen. Der Vorsitzende rief sich die nötigen Beschreibungen von der Krankenkasse zu erbitten. Nach einer Aufmunterung zu besserem Besuch der Versammlungen erfolgte Schluß der Versammlung. Die nächste Versammlung findet am 14. März in Pölsig, Punkt 3 Uhr, statt.

Leipzig. Am 31. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Kassierer erstattete den Quartals- und Jahresbericht, worauf nun ihm Entlastung erteilt. Bei der darauf vorgenommener Vorstandswahl wurde Kollege W. Höpfer als erster Vorsitzender, Kollege G. Tzsche als erster Kassierer wiedergewählt. In „Verchiedenes“ wurden dem Kassierer A 10 für seine Mithaltung bewilligt. Verschiedene andere Punkte stellte man bis zur nächsten Mitgliederversammlung, zu der Kollege Barnstorf kommen will, zurück.

Martensburg. Am 10. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung, die nur von ungefähr 35 Kollegen besucht war. Gleich bei Beginn der Versammlung nahm der Vorsitzende Anstöß an der Interessiertheit der Kollegen und deren Forderungen. Dann wurde die Lohnfrage erörtert. Unser Tarif mit den Unternehmern war schon im vorigen Jahre abgefallen, wurde aber wegen der schlechten Baukonjunktur stillschweigend auf ein Jahr verlängert. Da die Baukonjunktur dieses Jahr aber besser zu werden verspricht, so beschloß die Kollegen, eine neue Lohnforderung einzureichen. In der Diskussion vertat Kollege Dombrowski die Meinung, erst die Baukonjunktur abzuwarten. Dabingegen sprach Kollege Range dafür, den Tarif, der am 31. März d. J. abläuft, rechtzeitig zu kündigen, um uns nicht eines Tarifrückfalls schuldig zu machen, und eine neue Lohnforderung einzureichen. Nach mehreren anderen sachlichen Ausführungen beschloß die Kollegen, den alten Tarif zu kündigen, einen neuen Lohnvertrag auszuhandeln und bei guter Baukonjunktur einzureichen. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Kaufmann als erster Vorsitzender und Kollege Grottel als erster Kassierer gewählt. Nach den Wahlen ernannte Kollege Dombrowski die Verwaltung, ihre Vertreter treu und gewissenhaft zu verwalten und sich durch nichts beeinflussen zu lassen. Mit einem Appell an die Kollegen, unserer Organisation mehr Aufmerksamkeit zu schenken, schloß die nur mäßig besuchte Versammlung.

Amertun. Die am 7. Februar abgehaltene erste Versammlung von den Hilfskassierern persönlich eingeladen waren, war die Versammlung doch wieder schlecht besucht. Schließlich ist man noch gezwungen, die Kollegen in einer Drohschleife nach dem Versammlungsort zu holen, um nur einmal eine gut besuchte Versammlung zu haben. Aber das ist hier in Martensburg immer so. Wenn wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, dann erscheinen nur wenige Mitglieder. Sind diese Punkte aber erledigt, dann glauben diese Kollegen noch das Recht zu haben, an den gestählten Beschlüssen zu nörgeln oder gar auf die Vorstandsmittelgelder zu schimpfen. Wir wollen hoffen, daß es in diesem Jahre anders wird. Denn wozu soll es noch führen, wenn diese Leute Interesse an der Organisation? Wir stehen im Lohnkampf schon gegen andere Städte der Kollegen noch weiter dauert, dann können wir noch eine Weile warten, ehe wir die anderen Orte eingeholt haben. Darum, Kollegen, immer hinein in die Versammlungen, um jeder Kollege das Recht hat, alles, was er auf dem Herzen hat, frei heraus zu sagen. Fort mit allem persönlichen Haß! Dann, aber auch nur dann, wird es uns möglich sein, unsere Organisation so fest und kräftig zu machen, daß es uns in Zukunft nicht schwer fallen wird, unsere Notlage zu verbessern.

Mittlich. Unse am 7. Februar abgehaltene erste Versammlung in diesem Jahre war gut besucht. Die Quartals- und Jahresabrechnung wurden für richtig befunden. Kollege Hantschel betraug dann die Bauausichten für uns, und kam zu dem Schluß, daß sie nicht schlecht seien. Wenn es uns gelänge, die uns noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen, sei es möglich, sie auszunutzen. In der Aussprache wurde mitgeteilt, daß sich die an dem Schloßbau des Grafen Maljan arbeitenden Kollegen auf drei Jahre verpflichtet hätten. (Hoffentlich sorgen unsere Kollegen dafür, daß der laubere Plan dieses preußischen Junkers zu Wasser wird. Die Redaktion.) Man beschloß, am 14. Februar mit einer kräftigen Agitation zu beginnen, um die günstige Konjunktur auszunutzen zu können.

Nossen. Am 7. Februar tagte im Gasthaus „Zur Post“ unsere diesjährige Hauptversammlung, die sehr gut besucht war. Kollege Friedrich referierte über die Gründung des Zweigvereins, die dann auch sofort vollzogen wurde. Obwohl 61 Kollegen anwesend waren, wäre es denno nicht möglich gewesen, einen ersten Vorsitzenden zu finden, da alle vorgeschlagenen Kollegen ablehnten. Gewählt wurde Kollege Hofmann als erster Vorsitzender und Kollege Rosa als erster Kassierer. Kollege Rosa und Hötzig geben als Delegierte zur Gaukonferenz und Rosa und Hofmann als Delegierte zur Bauarbeiterkonferenz. Kollege Rosa erstattete den vierten Quartals- und Jahresbericht. Die Jahreseinnahme der Hauptkassa betrug A 2889,25. Die Einnahme der Nebenkasse betrug A 1763,42, die Ausgabe A 1455,94, der Kassenbestand beträgt A 307,48; davon sind A 220,88 auf der Sparte delegt. Kollegen von Nossen in Euch liegt es nun, daß sich unter der neuen Leitung des Zweigvereins die Kassen-

verhältnisse der Nebenkasse bedeutend bessern, und das kann nur geschehen, wenn ein jeder seine Pflicht tut, die ihm als organisierter Arbeiter zukommt. Nach dreißigjähriger Dauer wurde die sehr gut verlaufene Versammlung unter anderem Hinweis des Kollegen Rosa auf die politische Organisation und die Arbeiterpresse mit einem Hoch auf das fernere Gedeihen des Zweigvereins Kassen geschlossen.

Witzhausen. Am 7. Februar fand unsere Generalversammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Zuerst gab der Vorsitzende die traurige Kunde bekannt, daß unser sehr beliebter Kollege Leonhard Drowart aus Stuttgart an einem Schlaganfall gestorben ist. Er war Mitbegründer unseres Zweigvereins und hat uns auch in verschiedenen Versammlungen manch gutes Wort zugeprochen. Die Kollegen erhoben sich zur Ehrung seines Andenken von ihren Plätzen. Dann gab der Vorsitzende das Resultat der Arbeitslosenagitation bekannt, welche gewissenhaft durch unsere Hilfskassierer ausgeümt wurde. Ferner machte er die Kollegen darauf aufmerksam, daß nur genaue Angaben brauchbar sind; man müsse sich deswegen auf die Kollegen verlassen können. Außerdem erstattete der Vorsitzende den Bericht von der Bauarbeiterkonferenz, die am 10. Januar in Stuttgart stattgefunden hat. Die Kollegen waren mit der dort gefaßten Resolution vollständig einverstanden. Den Jahresbericht vom vierten Quartal sowie den Jahresbericht gab der Vorsitzende bekannt. Der Jahresbericht ergab eine Einnahme von A 1718,18, eine Ausgabe von A 795,97 und einen Kassenbestand von A 920,21. Davon sind A 700 auf der Sparte delegt. Dem Kassierer Kollege Bayer wurde Entlastung erteilt. Die Mitgliederzahl ging von 161 am Schluß des vierten Quartals 1907 auf 192 am Schluß des vierten Quartals 1908 zurück. In diesem Jahre hoffen wir, daß wir bei guter Bauwirtschaft den alten Mitgliederstand wieder erreichen. Bei der Wahl des Vorstandes wurde der Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt; bei den Revisoren war das gleiche der Fall. Die Kollegen erklärten sich, nachdem sie gewählt worden waren, mit der Wahl einverstanden, obwohl einige Kollegen, selbst der Vorsitzende, anfänglich auf eine Wiederwahl verzichteten. Aber das einstimmige Verhalten und das Vertrauen, das die Kollegen der Verwaltung entgegenbrachten, gab wieder neuen Ansporn, nach besten Kräften für die Organisation tätig zu sein. Es wurden dann noch verschiedene kleinere Sachen erledigt. Der Vorsitzende schloß mit einem kräftigen Appell, die Versammlungen in Zukunft so zahlreich wie heute zu besuchen, die gut verlaufene Versammlung.

Zachwitz. Unsere Versammlung am 7. Februar war schlecht besucht. Der Kassierer verlas die Quartals- und die Jahresabrechnung, die beide von den Revisoren als richtig befunden wurden. Die Beitragsleistung ist etwas zurückgegangen. Der Vorsitzende, Kollege Kanger, betraug dann die Ereignisse im letzten Jahr, besonders den Tarifabschluss, mit dem heute noch viele Kollegen unzufrieden sind. Weiterhin betraug er die Gründe anführen und überdies, sie können sie bald zur Vernunft; aber leider begehren sie sich damit, auf den Vorstand zu schimpfen, obwohl für jeden Tarifabschluß vor einer Lohnsetzung ist. Dann sprach man über die hoppedottierten Kasse in und um Sachwitz. Die Versammlung beschloß, jeden Kollegen, der diese Kasse besucht, zuerst mit A 2 zu bestrafen, im Wiederholungsfall auszusperren. Zum Schluß hielt Kollege Mothes-Brestal einen aufmunternden Vortrag.

Schönebeck. Der hiesige Zweigverein hielt am 6. Februar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt, Kartellbericht, berichtete Kollege Schneider über die in nächster Zeit stattfindenden Kartellvorstellungen. Zur Bauarbeiterkommission wurden die Kollegen Friedrich Schmöhl und Friedrich von der Heide gewählt. Danach verlas der Vorsitzende die aufgenommene Statistik über die Arbeitslosigkeit; wonach von 166 Mitgliedern nur 47 in Arbeit waren. Dem schon seit einem Vierteljahr kranken Kollegen Maßmann bewilligte die Versammlung A 80. Den Kartelldelegierten wurde aufgegeben, unsere Wünsche betreffs der Arbeiter in der Kartellpolitik zu vertreten.

St. Johann. Zahlstelle J. H. e. m. Am 2. Februar wurde der Kollege Jacob Koch hiesiger Zahlstelle von dem früheren Goldhauer, jetziger staatslich geprüfter Bauwerksmeister Anton Joseph Kemmernecht in Rhein, ohne jede Veranlassung aus einer Entfernung von etwa 7 m mit einem achtzehnhalben Pfund schweren Luftpfeil an den Kopf getroffen. Der Kollege Koch wurde bemerkt vom Wache getragen und trug eine schwere Verletzung davon. Diese Tat gleicht eher der eines Mordanschlags, als der eines gesunden Menschen. Dieser staatslich geprüfte Baumeister Anton Joseph Kemmernecht erwarb voriges Jahr eine größere Scheuer mit Stall; diese Scheuer grenzte an einer Seite an das Eigentum unseres Vereinsmitglieds Karl Ullinger. Der Baumeister Kemmernecht richtete diese Scheuer zu Wohnungen ein und setzte Fenster gegen das Eigentum von Ullinger, ohne den zu fragen noch zu verständigen. Ullinger hat vor zehn Jahren diesen Garten mit der Wirtschaft erworben. Ullinger ließ dort Fundamente legen und stellte am 1. Februar einen großen Holzschuppen hin. Die Kollegen Jacob Koch und Ludwig Walzer sowie der Zimmermeister Jacob Schneider waren bei dieser Arbeit beschäftigt, wurden aber selbigen Tags von dem Unternehmer Anton Joseph Kemmernecht hierher beauftragt und verhöht; selbst in der Dunkelheit trieb Kemmernecht um den neuerichteten Schuppen herum. Am 2. Februar, morgens gleich nach 6 Uhr, schickte Kemmernecht mit den zwei Kollegen Heinrich Walzer und Georg Dähre, sowie dem Zimmermann Andreas Reiner mit einer Wunde und verschiedenem Werkzeug und wollten in der Dunkelheit diesen Schuppen Ullingers niederreißen und demolieren. Ullinger wurde von dieser Verführung seines Eigentums vor den Nachbarn benachrichtigt, nahm eilige Männer mit, Kollege Jacob Koch war auch dabei; sie gingen in den Garten, wo der Schuppen errichtet worden war, um den Zerstörungswert einzulassen zu geben. Kollege Jacob Koch war dann in den Garten getreten, da kam ein Luftpfeil geflogen. Der Wurf kam aus einem Fenster im zweiten Stock der Scheuer und traf den Kollegen Jacob Koch an der rechten Stirnseite zwischen Auge und Ohr, so daß er niederfiel und bemußlos vom Wache getragen werden mußte und eine sehr schwere Verletzung davontrug. Der

Arbeitslosenunterstützung nur noch eine Frage der Zeit ist. Wenn wir nun nicht darum heruntorkommen und früher oder später gezwungen werden, diesen Schritt zu tun, so sollte doch ein schnelleres Tempo eingeschlagen und sollten auch andere Mittel in Voranschlag gebracht werden, als es der Verbandstag in Hannover und der Verbandsvorstand getan haben. In der Ausdehnung unserer Arbeitslosenstatistik in Art. 3 des „Grundstein“ heißt es unter anderem: „Nun soll wieder einmal der Versuch gemacht werden, fortlaufend für längere Zeit periodisch den Umfang der Arbeitslosigkeit im Maurergewerbe zu erforschen. Von dem Gelingen dieses Versuches, d. h. von der tüchtigen oder ungenügenden Mitarbeit der Mitglieder, wird es dann abhängen, ob die Arbeitslosenabteilung auf die Dauer von mehreren Jahren fortgesetzt wird oder nicht.“ Danach handelt es sich nur um statistische Erhebungen. Das ist ein schlechter Trost für die Kollegen, die eine schnellere Lösung erwartet haben. Gesehen hat der Fall, die statistischen Aufnahmen fielen in mittleren und kleinen Ortschaften besonders faul aus, die dortigen Mitglieder zeigten kein Interesse dafür, so würde der nächste Verbandstag daraus den Schluss ziehen, es sei noch zu früh, weiteres zu unternehmen; dann wäre die Frage schnell und leicht gelöst. So wollen wir eine derartig wichtige, ja, sagen wir Lebensfrage, nicht behandeln. Es steht fest, daß in jedem Verbands viele interesselose Kollegen sind, denen es am liebsten ist, wenn sie Arbeit haben und von niemand gefordert werden, die sich um wirtschaftliche und politische Fragen überhaupt nicht kümmern, also auch den Wert der Statistik nicht erkennen. Daher sollte man das nicht allein als Maßstab nehmen: Wenn wir unter den ungenügenden Verhältnissen zu dieser Frage Stellung nehmen, so nur, weil sich der Staat, der die Opfer auf dem Gewissen hätte, falls er überhaupt ein Gewissen hätte, nicht rührt. Tausende würden mit einem Hauch der Verschimmelteren Zeiten überleben, von Hunger und Kälte verschont bleiben. Weil sich niemand rührt, deshalb rühren wir uns. Der Verband, der auf allen Gebieten erfolgreich gearbeitet, sollte hier nicht der größte Not etwas abhehlen können? Hilfe haben wir von niemand zu erwarten; es bleibt nur die Selbsthilfe. Selbstständig setzt die Arbeitslosenunterstützung große Opferwilligkeit jedes einzelnen Kollegen voraus. Wo die nicht zu umgehen war, haben unsere Kollegen sie stets betätigt. Hier aber erfordert das bloße Menschlichkeitsgefühl, die Solidarität nicht nur in Worten, sondern in Taten zu üben. Es fragt sich nun, ob wir überhaupt imstande sind, die großen Mittel aufzubringen, die bei uns die Arbeitslosenunterstützung erfordert. Wo der Wille ist, da findet sich auch der Weg. Das trifft auch hier zu. Wir wissen, wie gäbe sich die Gemeinden wehren, um hier praktisch einzugreifen, und doch wurden sie in einigen Städten, in denen unsere Vertreter größeren Einfluß besitzen, gezwungen, etwas zu tun. Das kommt aber bis jetzt für uns wenig oder gar nicht in Betracht, weil auch dieses Wenige wieder schwanden wird, sobald die Krise nachgelassen hat, und darum ist uns damit nicht geholfen. Es darf hieraus nicht der Schluss gezogen werden, der Verband warte nur dazu da, die Opfer unserer verfallenen Gesellschaftsordnung zu tragen; das bleibt Aufgabe des Staates. Bei uns kommen vorerst nur Unterstützungen in Betracht, im Sinne unserer Krankenunterstützung. Nur im Sommer wäre die anhaltende Arbeitslosigkeit Unterstützung zu zahlen. Die Kollegen, die am meisten feiern müssen, sind gewöhnlich die besten Kräfte des Verbandes, ältere Verbandskollegen, oder solche, die für die Interessen des Verbandes am meisten eintreten. Ein Recht auf Arbeit, um zu leben, hat jeder; deshalb müßten die Arbeitenden in höherem Maße herangezogen werden, um Helfend den zum Feiern verurteilten Kollegen beizuspringen. Dann wäre die Ungerechtigkeit, die darin liegt, wenigstens etwas ausgeglichen. Es könnte auch zuerst durch Urabstimmung festgelegt werden, ob die Wehrzahl für eine Beitrags-erhöhung von vielleicht 5 % pro Arbeitsstag zum Zwecke der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu haben ist. Dann könnten wir weiter Extramatrizen nur zu diesem Zwecke zu 10 und 20 % hergestellst und bei jeder sich darbietenden Gelegenheit umgelegt werden. Das Geld würde in ein paar Jahren den Fonds bilden, mit dem man die Unterstützung beginnen könnte. Noch richtiger wäre es vielleicht, eine Kommission einzusetzen, die sich nur mit dieser Frage zu beschäftigen hätte, die Anregungen, Vorschläge usw. entgegennimmt, Unterlagen von anderen Verbänden sammelt; kurz, alles prüft, was sich zu prüfen lohnt. Das wäre der erste Schritt auf diesem Gebiete. Meine Vorschläge sind natürlich unvollkommen, vielleicht auch undurchführbar. Der eigentliche Zweck ist auch nur der, unsere Kollegen zu veranlassen, diese Frage zu diskutieren. Das Weitere wird sich dann ergeben. Einige werden nun sagen, wir nähmen damit der Organisation den Kampfscharakter, der revolutionäre Geist ginge durch derartige Unterstützungsanstaltungen noch mehr verloren. Das kann man auf der einen Seite gelten lassen; auf der anderen wird man ehlich genug sein, um zuzugeben, daß ein ausgeglichener, ausgeglichener Mensch gegen Einschüchterungen des Unternehmers weniger widerstandsfähig ist, als einer, der in seiner Organisation eine Stütze hat.

Willy Werber, Nürnberg.

Mit dem großen Messer

schneidet angeblich der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter auf. Man hat uns ein Flugblatt eingesandt, das der christliche Verband gegenwärtig zur Weibung der Frühjahrsagitation verbreitet. Daß er das tut, wollen wir ihm zuletzt verdeden, denn er mag so gut wie jede andere Gewerkschaft genug Veranlassung dazu haben. Und auch das mag hingehen, daß er dabei sein Licht nicht unter den Scheffel stellt. Aber etwas glimpflicher müßte es geschehen. Was soll es z. B. heißen, wenn das Flugblatt be-

hauptet: „Der christliche Verband hat stets mit Entschiedenheit für das Wohl der Bauarbeiterschaft gekämpft. Kaum gegründet, nahm der Verband sofort zu den traurigen Arbeitsverhältnissen im Baugewerbe Stellung. In fast allen Gegenden Deutschlands, abgesehen von wenigen Ausnahmen, bestand zurzeit der Gründung eine elf- bis zwölf- und dreizehnhündige Arbeitszeit. Vereinzelt kamen auch noch längere Arbeitszeiten vor. Dementsprechend war auch der Lohn ein ganz geringer. Selbst in Großstädten stand der Lohn für Bauhandwerker auf 80 bis

35 und 40 % pro Stunde. Nicht selten war der Tagelohn noch maßgebend und stand bei der langen Arbeitszeit auf 3,20 bis 4. Solange, wenn die Löhne der Bauarbeiter im letzten Jahrzehnt um 30 bis 40 % gestiegen sind und die über zehn Stunden hinausgehende Arbeitszeit im Baugewerbe zur Seltenheit geworden ist, wenn die Klassenlöhne durch Einheits- oder Mindestlöhne ersetzt sind, wenn heute die Bauarbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen eingeräumt ist, so ist das zu dem großen Teil dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands zu verdanken. Er hat an der Umgestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse seinen geringen Anteil.“

Der christliche Verband ist im Jahre 1899 gegründet worden. Daß damals noch „in allen Gegenden Deutschlands, abgesehen von wenigen Ausnahmen“, eine elf- bis dreizehnhündige Arbeitszeit bestanden haben soll, ist wohl gelinde gesagt ein Irrtum. Wahrscheinlich ist schon im Jahre 1900 79 Orte eine neunhündige, 89 Orte eine neunneunhündige, 4612 Orte eine zehnhündige und 1515 Orte eine zehneinhalbhündige Arbeitszeit hatten. 1515 Orte arbeiteten die Maurer damals noch in 5168 1/2 Stunden arbeiteten die Maurer damals noch in 195 Orten. Das ist nun und mehr als elf Stunden in 195 Orten. Das ist nun inzwischen bedeutend besser geworden. Wenn man dem Flugblatt glauben dürfte, hätten die deutschen Maurer nur noch auf den christlichen Verband gewartet, um mit Lobesverachtung die Arbeitszeit zu verkürzen. Denn der christliche Verband hat ja, kaum gegründet, sofort zu den traurigen Verhältnissen im Baugewerbe Stellung genommen.“ Diese Stellungnahme bestand in dem ersten Jahre seines Bestehens in der Organisation des Streitbruchs. Erst ungefähr vom Jahre 1903 an hat der christliche Verband in anderer Art zu den traurigen Verhältnissen im Baugewerbe Stellung genommen, und es mag ruhig gegeben werden, daß er von da an, von nicht ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, für das Wohl der Bauarbeiterschaft gekämpft hat, soweit das in seinen Kräften stand. Wenn das Flugblatt die Sache nun aber so darstellt, als seien die seitdem eingetretenen Verbesserungen „zum großen Teile“ das Werk des christlichen Verbandes, so halten wir dafür, daß das eine unerschämte Aufschneiderei ist. Und wenn es das noch zu beweisen gälte, so könnte das durch folgende Zahlen geschehen: Bei der großen Tarifbewegung im Frühjahr 1908 waren beteiligt: Der Zentralverband der Maurer an 128 Verträgen, der Zentralverband der Zimmerer an 101 Verträgen, der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter an 84 Verträgen, und der christliche Verband an 43 Verträgen. Dabei stellt aber das Jahr 1908 die Zeit der größten Ausbreitung des christlichen Verbandes dar, in den früheren Jahren war sein Anteil an der ganzen Lohnbewegung im Baugewerbe bedeutend geringer.

Aber trotzdem ist die eingetretene Verbesserung „zum großen Teile“ dem christlichen Verbande zu danken! Sapientia sat (dem Verhängenden ist es genug)!

Zentralfrankenkasse.
(„Grundstein zur Einigkeit“.)

Nachruf.

Wir machen unsern Mitglidern die traurige Mitteilung, daß das Mitglied des Ausschusses und des Schiedsgerichts unserer Frankenkasse sowie das Aufsichtsratsmitglied der Sterbekasse

Johann Stankigk

im 57. Lebensjahre infolge eines schweren Gehirnschlages am 13. Februar d. J. verstorben ist. Verlebte war Mitglied unserer Frankenkasse seit dem 18. Juli 1888.

Bei Ausföhrung seiner Obliegenheiten als Ausschussmitglied erlitt er schon am 4. Januar 1903 einen Schlaganfall, von welchem er, obgleich er im Siedium verblieb, sich doch soweit erholte, daß er auf der Generalversammlung 1908, die auf ihn fallende Wahl als Schiedsrichter annahm. In einer Sitzung des Schiedsgerichts am 10. Februar d. J. wurde er wieder von einem schweren Gehirnschlage betroffen, von welchem er sich nicht mehr erholen konnte.

Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

In der Woche vom 7. bis 13. Februar sind folgende Verträge eingegangen: Von der brüderlichen Verwaltung in Hamburg M. 550, Gehulzig 100, Gerbrode 80, Raff 75, Summa M. 805. Zuschüsse erhielten: Verlin M. 4000, Breslau 800, Hannover 600, München 600, Erfurt 400, Witten 1. B. 350, Dortmund 300, Lichtenberg 300, Hannover 300, Leipzig 300, Dresden-Striesen 300, Groß-Neumarkt 300, Wladenburg 300, Waldsdorf 200, Zehndorf 200, Andolsdorf 200, Wredenheim 200, Essen a. d. Ruhr 200, Wiersberg 200, Wiershof 200, Münster 1. B. 200, Gierfeld 200, Wönsberg (Lippe) 200, Reinholdsdorf 200, Straßburg 1. G. 150, Groß-Georgen 150, Gedarshausen 150, Wibel 1. G. 100, Bodrum 100, Arnstädt 100, Gahnst 100, Jmmenhausen 100, Hilders 100, Bräberg 100, Witten 1. B. 100, Letzen 100, Hötanen 100, Sandkühshelm 100, Scharmbed 100, Pafswal 75, Wiedersbreitig 40. Summa M. 12 815.

Altona, den 13. Februar 1909.
Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmsstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Ein. Am 10. Februar ereignete sich, an dem Gullandmischen Neubau an der Mittelstraße (Maurermeister Wsch) ein schwerer Unglücksfall. Er wurde dadurch hervorgerufen, daß ein schwerer Haupteisen, der eben

auf Souterrainshöhe gezogen war und bereits auf dem Mauerwerk stand, herunterfiel, das vorhandene Gerüst durchdrang und dem Kollegen Jos. Krämer, der dabei war, die Vorrichtung zur Abstützung des verlebenden Stieles zerhauerte, berartig traf, daß dieser circa 1 1/2 Meter von der Leiter mit herunterfiel und schließlich noch unter den fünf bis sechs Zentner schweren Stein zu liegen kam. Er erlitt schwere Verletzungen, so u. a. einen Hedenbruch und Blasenbruch. Ob es möglich ist, ihn am Leben zu erhalten und der zahlreichen Familie wieder arbeitsfähig zurückzugeben, muß der Zukunft überlassen bleiben. Der Unfall ereignete sich in dem Moment, als man dabei war, den Kettengzug etwas zu verschieben, wobei der Kollege, der den Isole auf dem Mauerwerk stehenden Stein zu halten hatte, schließlich die Gewalt über ihn verlor. Der betreffende Kollege ist selbst circa 4 m mit heruntergestürzt, ohne sich aber glücklicherweise zu verletzen. Hätte man den Stein so lange im Kettengzug hängen lassen, bis er verfest war, so wäre das bedauerlicher, als der Kollege gerade mittags erst wieder nach wochenlangem Feiern angefangen hatte. Wir möchten es aber auch an dieser Stelle nicht unterlassen, die Kollegen daran zu erinnern, äußerst vorsichtig zu sein; denn gerade die gegenwärtige Jahreszeit mit dem unbeständigen Wetter ist mehr denn je angetan, schwere Unfälle hervorzufragen. Besonders machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Unfallverhütungsvorschriften sichtbar ausgehängt werden. Wo dieses nicht geschieht, sonstige Mängel bestehen, mache man der Organisationsleitung davon Meldung, damit sie für Abhilfe sorgen kann.

Straburg i. E. Am Neubau des Spitals stürzte am 11. Februar der Zementierer Schwerndle ja. 15 m hoch ab. Der Verunglückte starb an den erlittenen Verletzungen im Spital. Die Ursache des Unfalls liegt in den geradezu haarsträubenden Mängeln, die am Spitalneubau herrschen. Sogar die selbstverständlichen Vorrichtungsmaßregeln sind außer acht gelassen. So war an dem Giebel des Maschinenhauses am Dachvorsprung beschliffen. Das Gerüst, auf dem er arbeitete, befindet sich in erbärmlichem Zustande. Seine Rüdelschen, sein Fanggerüst, seine richtige Abdeckung und Verankerung usw. Vom Anfang des Daches, ja. 8 m von der Erde entfernt, bis zur Spitze befinden sich fünf Gerüste mit je einem Abstand von ja. 2,80 m. Um die oberen Gerüste zu erreichen, mußte jedesmal, da nur eine kurze Leiter zur Verfügung stand, die Leiter hochgezogen werden. So hatte die Leiter zum obersten Gerüste angehängt. Beim Betreten derselben ist sie jedenfalls unten ausgerutscht. Die unteren Gerüste stehen an der Stirnseite des Gerüstes gegen die oberen vor. So rutschte deshalb mit der Leiter von einem auf das andere Gerüst. Hätte aber sich am untersten Gerüste das vorrichtungsmaßige Fanggerüst befunden, so wäre er da aufgefangen worden resp. wäre mit der Leiter hängen geblieben. Dieses Fanggerüst war aber nicht vorhanden. Er rutschte deshalb auch über dieses Gerüst hinaus und stürzte nun die ja. 8 m in die Tiefe. Mit welcher Mächt er aufgeschlagen sein muß, ist leicht begreiflich. Sofort nach dem Unfall ist ein Fanggerüst angebracht worden. Die Befestigung desselben ist aber in der leichtfertigen Weise erfolgt. Angenommen nun, die Leiter wäre, wie man sich nun herauszureden sucht, nachdem sie unten am Fanggerüst hängen geblieben, nach außen umgeschlagen, so hätte sie an den Rüdelschen und Schlagrettern um. Galt finden müssen, wenn solche vorhanden gewesen wären. Dieser Unfall ist also auf die schlechte Art des Gerüstes und die Außerachtlassung der Schutzmaßregeln zurückzuführen. Die Verantwortung trifft dem Unternehmern oder dessen Stellvertreter in erster Linie. Weiter ist auch die Bauleitung des Spitals mitverantwortlich. Außerdem haben wir einen Baufontrollleur — sogar aus Arbeitereisen. Am Spital wird in der leichtfertigen Weise mit Leben und Gesundheit der Arbeiter gespielt, ohne daß dieser Arbeiterkontrollleur einmal eingegriffen hat. Der andere Giebel ist in derselben leichtfertigen Weise ausgeführt worden, und auch jetzt herrschen noch bei anderen Arbeiten Mängel, die aller Beschreibung spotten. Und das alles bei einem Spital, das doch zum Schutze des Lebens errichtet wird!

Wandsberg. Am 3. Februar kam unser Kollege Paul Schönfeld beim Abladen von Bauholz zu Tode. Als er eine Munge an dem Waggon löste, kamen die Stämme ins rutschen und fielen auf Schönfeld, dem untere Leib so gequetscht wurde, daß der sofort herbeigerufene Arzt nur noch den Tod feststellen konnte. Paul Schönfeld war ein tüchtiger Verbandskollege.

* Zum Bauarbeiterkongress in Bayern. Mit dem Ausbau der oberpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter beschäftigte sich am 29. Januar eine vom Minister des Innern einberufene Konferenz, woran neben Baubeamten Vertreter der Arbeiter und Unternehmer teilnahmen. Minister v. Bretschneider eröffnete die Versammlung mit dem Bemerkten, daß es sich bei der Besprechung darum handle, ob und nach welchen Bedingungen ein Ausbau der oberpolizeilichen Vorschriften notwendig und praktisch durchführbar sei.

Die zu den Vorschriften vom 24. Juli 1904 seit deren Erlass beim Staatsministerium des Innern eingekommenen Anregungen und Wünsche aus Kreisen der Arbeiter und Unternehmer, insbesondere auch die Anregungen der Bauarbeiterkongresskommission von Jahre 1907, wurden im einzelnen bekannt gegeben und die Meinungsäußerung der Versammlungsteilnehmer hierzu veranlaßt. Es handelt sich in der Hauptsache darum, in welchem Umfange bei oberpolizeilichen Vorschriften, die für das ganze Land Geltung haben, Detailbestimmungen, namentlich Maßangaben, möglich sind, und inwieweit solche der ortspolizeilichen Regelung überlassen werden müssen. Die Einzelberatungen ertreten sich insbesondere auf die Aufstellung und Beschaffenheit der Gerüste, Fanggerüste und Leitern, die Sicherheitsmaßnahmen bei Dacharbeiten, auf das Heberhandmauern, die Sicherung von Maschinen, Abdeckung von Öffnungen, Vorrichtungsmaßregeln beim Einsteigen in Schächte, bei Stos- und Koflenfeuerungen, die Beschaffenheit und Ausgestaltung der Unterfunksräume und Wobere usw. Auch die Einrichtung und Durchführung der Baukontrolle bei Privat- und Staatsbauten sowie auf dem platten Lande, kam zur Besprechung.

Die Staatsregierung wird nunmehr an der Hand der entgegenkommeneren Anregungen und gutachtlichen Beurteilungen prüfen, nach welchen Richtungen und in welchem Umfange eine Abänderung der bestehenden Vorschriften angezeigt erscheint.

*** Abrechnung der Zentralkommission für Bauarbeiterbeiträge.** Die Abrechnung umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1908.

Einahme.
Rassenbestand vom Jahre 1907 M. 202,88
Von Zentralvorstand d. Bauarbeiter für Beiträge 1412,96
Wittpauer " " " " " 30,—
Berichte 1907 " " " " " 15,10
Beiträge " " " " " 115,88
Dachbeder " " " " " 100,08
Glaser " " " " " 140,—
Sofarbeiter " " " " " 732,52
Maler " " " " " 3870,74
Maurer " " " " " 480,—
Metallarb. " " " " " 369,04
Steinarb. " " " " " 177,68
Steinsetzer " " " " " 245,24
Stukkateure " " " " " 113,28
Berichte 1907 " " " " " 120,—
Eispfer " " " " " 1010,96
Zimmerer " " " " " —,40
Für Literatur von Bauer-Stettin " " " " " 1,20
" " " " " " " " " " " 1,20
" " " " " " " " " " " 1,75
" " " " " " " " " " " 5,20
" " " " " " " " " " " 4,20
Summa M. 9008,32

Ausgabe.
Für Gehalt des Sekretärs M. 2700,—
Stiftsarbeit im Bureau 43,20
Beitrag an die Unterstützungvereingung 36,—
Aktuation und Verteilung auf Konferenzen 496,20
Druckkosten 4089,90
Buchbinderei 42,05
Literatur und Zeitschriftenabonnement 186,21
Schreibmaterialien 18,40
Posto und Befehlsgeb 300,15
Eignungsbeurteilung 63,76
Bureauinventar und Reparaturen 23,65
Bureauumkleide 880,—
Beitrag an die Gesellschaft für soziale Medizin 5,—
Aufkosten umf. Modelle 120,70
Rassenbestand für 1909 509,11
Summa M. 9008,32

Wien.

Einnahme M. 9008,32
Ausgabe 8505,21
Befand M. 503,11

Hamburg, den 23. Januar 1909.

Otto Friedrich, Kassierer.

Revidiert und richtig befunden:

Otto Franz, Gust. Mohr, Rechner.

* Wohnungsfrage und Terrainrequisition. Ein Ausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer beschäftigt sich zur Zeit mit allerhand Steuerfragen, darunter auch mit Grund- und Haussteuer und mit der Möglichkeit, durch Steuerermäßigung den Bau kleinerer Wohnungen zu fördern. Bei dieser Gelegenheit wurde allgemein festgestellt, daß in Bayern nicht nur in den großen Städten, sondern vielfach auch in den ländlichen Bezirken die Wohnungsnot sehr groß ist. Minister v. Bretschneider führte u. a. aus: Durch die Wohnungserhebungen wurde festgestellt, daß überall ein großer Mangel an kleinen und auch an mittleren Wohnungen besteht, besonders in den Städten, aber auch auf dem Lande seien die Verhältnisse durchwegs nicht günstig. Neuerdings hätten sich die Wohnungsverhältnisse noch mehr verschlechtert, besonders in München. Wenn die Stadtgemeinde München nunmehr mit dem Bau von Kleinwohnungen für ihre Bediensteten vorangehen wolle und auch sonst Schritte zur Beseitigung des Wohnungsmangels zu tun gedenke, so sei das nur zu begrüßen. Wichtig sei in München, wenn auch nicht ganz so unangenehm, seien die Verhältnisse in Nürnberg; aber auch dort seien genossenschaftliche Bestrebungen und gemeindliche Maßnahmen im Gange, um Abhilfe zu schaffen. Ungünstig lägen auch die Verhältnisse in Augsburg, Bamberg, Regensburg, Lechhausen, Selb und anderen Orten. Der normale Satz von 3 bis 4 pSt. für leerstehende Wohnungen sei nirgends gegeben. In den großen Städten seien die teuren Bodengründe die Hauptursache des Wohnungsmangels. Die Terrain-Gesellschaften seien keine erfreuliche Erscheinung. Es gebe wenig Orte, wo sich die Gemeinde rechtzeitig in den Besitz des erforderlichen Grundbesitzes für die Bevölkerung gesetzt habe. Wie die Verhältnisse zurzeit liegen, sei ein geeignetes Eingreifen ungemein schwierig. Ein in Aussicht zu nehmendes Enteignungsgesetz könne in geeigneter Weise auf die Wohnungsverhältnisse Rücksicht nehmen, ebenso das Wertwachstumsgebot, das allerdings etwas zu spät kommt. Um zu Familienhäusern zu kommen, müßte die Kleinwohnungen möglichst weit hinaus verlegt werden, da innerhalb der Großstädte der Grundpreis zu hoch sei. Überhaupt der Städte liegen sich auch die Bestrebungen der Gartenabteilungsgebiets, die sehr zu begrüßen sei, fördern. Das englische Wohnungsgesetz habe durch Verlegung der Familienhäuser nach außen und durch Schaffung vorzüglicher Verkehrsverbindungen eine gute Entwicklung genommen. Um die englischen Arbeitsverhältnisse genau zu studieren, habe er den Zentralwohnungsinspektor nach England entsandt.

Es ist zwar nicht zu hoffen, daß nunmehr in Bayern dem Grundbesitzer besonders scharf zu Leibe gegangen werde, immerhin darf man annehmen, daß die Regierung etwas tun wird, um der größten Wohnungsnot zu steuern.

Gewerkschaftliches.

* Aussperrung der Stukkateure in Nürnberg. Am 12. Februar sind die Stukkateure in Nürnberg ausgesperrt worden. Die Organisation hatte Differenzen mit der Firma Decker, die die Arbeiten an einem Schulhausneubau übernommen hat und dabei mit einem Angebot von 51 000 um 17 000 hinter dem Höchstgebot zurückblieb. Die Firma, die aufnehmend nicht auf ihre Rechnung zu kommen fürchtet, vergab die Arbeiten an vier auswärtige Stukkateure im Afford, was gegen den Tarif verstößt. Die angerufene Schlichtungskommission konnte zu keinem Urteil kommen, weil die Firma die Zuständigkeit der Kommission bestritt. Die Organisation verhängte deshalb über den Betrieb die Sperre. Darauf befaßte sich der Arbeitgeberverband mit der Sache, der der Firma nahelegte, den Affordvertrag rückgängig zu machen, oder die vorherige Aufhebung der Sperre verlangte. Da sich weitere Differenzen mit der Firma ergaben, da diese mit eingestellten Stukkateuren schriftliche Verträge abschließen wollte, wonach die Stundenlöhne bis zu 10 3 vergrößert werden sollten, und auch keine Gewähr bot, daß der Affordvertrag aufgehoben ist, wurde die Sperre aufrecht erhalten. Dies hat dem Unternehmerverbande Anlaß gegeben, die Angelegenheit zur Verbandsache zu machen und die allgemeine Aussperrung anzufordern, die nunmehr erfolgt ist.

* Unbrauchbaren Rat erteilen einige Parteiblätter in einem aus der Korrespondenz des Genossen Parvus stammenden Artikel den Vergarbeitern. Dem Genossen Parvus scheint es unangenehm zu sein, daß auf dem Vergarbeiterkongreß festgestellt wurde, daß auch in manchen bürgerlichen Parteien, sogar bis zu den konservativen hin, Sympathien für die Vergarbeiter vorhanden sind. Verläßt euch nicht darauf! ruft Genosse Parvus. Gewiß werden sich die Vergarbeiter, so wenig wie irgend eine andre Arbeitergruppe, auf bürgerliche Sympathien „verlassen“; das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sie zur Erreichung der vom Kongreß so nachdrücklich erhobenen Forderungen nötig haben. Gesehlich eingeführte Arbeitergrubenkontrollen, ein Reichsberggesetz, gesehliche Maßnahmen gegen die schwarzen Listen können nicht ohne Hilfe eines großen Teils der bürgerlichen Parteien kommen, und darum sind die dort etwa vorhandenen Sympathien für die Sache der Vergarbeiter sehr wertvoll. Es heißt doch direkt die Arbeiter täuschen, wenn man die Sache so darstellt, als brauche uns gar nichts daran gelegen zu sein, wie sich die bürgerlichen Parteien zu unseren Forderungen stellen. Mit unseren Genossen im Reichstage allein kann die Regierung keine Sozialpolitik machen, solange diese nicht die Mehrheit bilden, und darum sind wir ohne Gnade auf die Hilfe bürgerlicher Parteien angewiesen. Daß das ein großes Uebel ist, beweist unsere ganze Sozialgeschichte, aber es ist eine Tatsache, und Tatsachen muß man sich beugen. Schöne feurige Reden lasse ich ohne die bürgerlichen Parteien halten, und auch zum Schreiben von flammenden Artikeln hat man sie nicht nötig; aber praktische Arbeit läßt sich nicht ohne sie machen. Darum ist es ein willkommener und auch wohl gewollter Erfolg der Vergarbeiter, wenn durch ihre scharfe und scharfe Kritik selbst bürgerliche Kreise die Berechtigung der Vergarbeiterforderungen einzusehen beginnen.

Außerdem rät der Artikel den Vergarbeitern, bei der nächsten Maisfeier in großen Massen zu demonstrieren, um dadurch das solidarische Band zwischen sich und den anderen Arbeitern fester zu knüpfen. Jedenfalls werden sich die Vergarbeiter, von diesen Maßregeln wegfener Journalisten nicht beeinflussen lassen. An Solidarität und ihrer Betätigung hat es zwischen Vergarbeitern und Gesamtarbeiterschaft noch nicht gefehlt; was nun tut, und was sich bisher noch nicht in dem gewünschten Maße erreichen ließ, ist die Solidarität der Vergarbeiter unter sich; was neben der noch ungenügend starken Organisation große Erfolge hintertrieb, das ist die Uneinigkeit der verschiedenen Vergarbeiterorganisationen. Um die zu beheben, scheint uns die Maisfeier ihres ausgesprochenen Parteicharakters wegen nicht geeignet zu sein, ganz davon zu schweigen, daß eine etwaige Massendemonstration am 1. Mai (durch Arbeitsruhe, wie sie sich Genosse Parvus denkt) leicht von den Grubenbesitzern zum Vorwand genommen werden könnte, um die stärkste Organisation der Vergarbeiter in aller Eile zerlegen abzuschließen, ohne dabei von den anderen Vergarbeiterorganisationen gestört zu werden.

Wir machen diese Bemerkungen im Interesse der Parteipresse, die sich durch Aufnahme und Verbreitung solcher unbrauchbaren Ratsschläge der Gefahr aussetzt, daß das Vertrauen der Arbeiter in ihre Sachverständigkeit erschüttert wird.

Soziales.

* Die Novelle zum Strafgesetzbuch. Das allgemeine Verlangen nach einer Verbesserung unfrei Strafrechts soll durch eine Novelle zum alten Strafgesetzbuch befriedigt werden. Der Inhalt dieser Novelle ist jedoch nicht danach angeordnet, wie die schon seit langen Jahren immer und immer wieder geäußerten Wünsche auch nur halbwegs zu befriedigen, das ist übrigens im Rahmen einer Novelle zum alten Gesetz überhaupt nicht möglich; wenn schon mit den vielen Mängeln in der heutigen Strafrechtspflege aufgeräumt werden sollte, so müßte man unser ganzes Strafrecht von Grund auf neu konstruieren. Von dem Inhalt der Novelle sei hier nach der „Soz. Pr.“ das Wichtigste angeführt. Es ist seit langen von Richtern und Sozialpolitikern als bitterer Unrecht empfunden worden, daß der sogenannte kleine Diebstahl, d. h. die Entwendung von fast wertlosen Sachen, wie z. B. Holz- und Kohlenstücken auf offenen zugänglichen Privatgrundstücken, eine Entwendung, die meist aus Not und ohne Bewußtsein der Rechtswidrigkeit erfolgte, im Mindestfalle mit einem Tag Gefängnis, bei Rückfall mit mindestens drei Monaten Gefängnis von Gesetzes wegen bestraft werden mußte. Für die Entwendung von Schmuck und Genussmitteln, z. B. auch von Tabak, bestanden

bekanntlich die milden Bestimmungen über den Minderbrauch, für die ganz entsprechenden Fälle des Gelegenheitsdiebstahls geringwertiger sonstiger Bedarfsstoffe aber gestattet die nominalistische Auslegung des Genussmittelbegriffs die Anwendung jener milden Bestimmungen bisher nicht. Da will die Novelle zum Strafgesetzbuch nun Abhilfe schaffen. Die Zulassung milderer Strafen (Geld statt Gefängnis) will die Novelle ferner für gewisse Unbestimmtheits- und Verregungsakte, soweit sie ohne besondere Schadensfolgen ablaufen, zulassen, so besonders für Hausfriedensbruch und Arrestbruch.

Dagegen will man für einige Delikte die Möglichkeit zu härterer Bestrafung schaffen; es bezieht sich das hauptsächlich auf den Mißbrauch der elterlichen und erzieherischen Gewalt gegen hilflose Kinder und auf Tierquälerei. Die Verleumdungsstrafen sollen verschärft werden und in Verleumdungsprozessen soll die Führung des Wahrheitsbeweises eingeschränkt werden können. Das letztere sind Änderungen, über die man sich keineswegs freuen kann. Eine Notwendigkeit, die Verleumdungsstrafen zu erhöhen, liegt nicht vor, schon darum nicht, weil die einfache Verleumdung schon heute mit Gefängnis bis zu einem Jahre, die tätliche und verleumdende Verleumdung sogar mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden kann. Diese Strafmaße sind in der Praxis aber äußerst selten, wenn überhaupt jemals angewendet worden. Die Verschärfung der Führung des Wahrheitsbeweises kann von ungerechten Richtern sehr leicht zumungunsten des Angeklagten mißbraucht werden. Man öffnet also der Klassenjustiz die Tore noch weiter.

Von Bedeutung für die Gewerkschaft ist eine Neuerung, die die Novelle im Bereich des Erpressungsparagraphen vornehmen will. Den Lesern ist aus Mitteilungen und kritischen Erörterungen in diesen Blättern der Rechtsunsicherheit bekannt, der seit Jahren mit der Anwendung des Erpressungsparagraphen (§ 283 des Strafgesetzbuchs) gegen die Veranstalter von Lohnkämpfen und gewerkschaftlichen Werbeversuchen getrieben worden ist. Er hat zwar infolge der sozialpolitischen Aufklärungsarbeit in juristischen Kreisen in letzter Zeit sichtlich nachgelassen, immerhin aber ist mit der hergebrachten Praxis der Strafensätze des Reichsgerichts zu rechnen, wonach organisierte Arbeiter, die einen Unternehmer durch Streikandrohung zur Bewilligung ihrer Forderungen zu zwingen oder unorganisierte Arbeitergenossen zum Beitritt zur Organisation durch Erklärungen des Nicht-Zusammenarbeitens oder durch stillschweigende Arbeitseinstellung zu bestimmen suchen, wegen verächtlicher Erpressung zu bestrafen sind. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts hat im April 1907 im Reichstag diese Auslegungs- und Urteilspraxis in Gewerkschaftskämpfen selber als unhaltbar preisgegeben. In einer kleinen Abhandlung über „Lohnkampf und Erpressung im gewerkschaftlichen Lohnkampf“ ist auch vom Reichlichen Geheimen Oberregierungsrat Dr. v. Tschendorff im Reichsjustizamt an jener Rechtsprechung einschneidende Kritik geübt worden, aber stimmt Tschendorff dem Reichsgerichte in der Auffassung bei, daß das getrennte Verhalten der Gewerkschaften bei, daß das getrennte Verhalten der Gewerkschaften bei, sowohl eine „Dröhung“ wie eine „Rechtswidrigkeit“ (?) bezüglich des erstrebten Vermögensvorteils darstelle. Aber Tschendorff erblickt einen Fehler in der Behandlung der Erpressung als eines gegen die persönliche Freiheit gerichteten Delikts, während es gleich dem Betrage ein Vermögensdelikt sei. Ein solches aber erfordere eine gewinnbringende Absicht, in Lohnkämpfen sei aber davon nicht die Rede. Deshalb sei der Erpressungsbegriff auf sie nicht anwendbar. Obwohl der Beweisführung v. Tschendorffs nicht in allen Stücken beipflichtet werden kann, so kommt sie jedoch ebenso wie die objektive Deduktion der Sozialpolitik zur Ablehnung der bisherigen Rechtsprechung auf diesem Felde. Und diesen Gesichtspunkten der Kritik will nun die Novelle, anknüpfend auf dem Wege authentischer Interpretation, Rechnung tragen und die Einengung des Erpressungstatbestandes gesehlich derart formulieren, daß die gewerkschaftlichen Handlungen der Arbeiter genau wie die bisher unangefastet gebliebenen Aussperrungs- und Verursachungsaktionen der Unternehmer und die viel härteren und gemeingefährlicheren Kampfhandlungen der Kartelle aus dem § 283 des Strafgesetzbuchs herausbleiben.

* Preussischer Vergarbeiterkongreß. Nach dem furchtbaren Anfall auf der Heide Radob und nach den Enthüllungen über die Mißstände, die dort unter den Augen der Aufsichtsbehörde jahrelang bestanden, mußte die preussische Regierung, da sie die Zuständigkeit des Reichs in Bergbauangelegenheiten befreit, etwas tun, um die aufgedeckte Verantwortlichkeit zu beruhigen, oder um ihr wenigstens einen zahllosen Grund zur Beruhigung zu geben. Nach Lage der Sache mußte sie dabei in erster Linie die Forderung der Vergarbeiter nach Arbeitergrubenkontrollen berücksichtigen. Wie sie das getan hat, bestätigt wieder die alte Erfahrung von ihrer Furcht, dem mächtigen Grubenkapital wehe zu tun. In dieser Sache dem preussischen Abgeordnetenhaus eingegangene Gesetzesvorlage sieht sogenannte Sicherheitsmänner als Arbeitergrubenkontrollen vor. Bezüglich des Verfahrens zwischen der preussischen Regierung und dem Grubenkapital ist der Umstand, daß der Gesetzentwurf in seiner ersten Fassung zunächst einer Konferenz der Reichsbauherren zur Beratung vorgelegt werden sollte und daß dieser erste Entwurf bedeutend weiter ging als der, der jetzt dem Abgeordnetenhaus vorliegt.

Nach dem Entwurf sollen die Mitglieder der obligatorischen Grubenausgänge berechtigt und verpflichtet sein, wenn der Aufsicht es befehligt, monatlich einmal in Begleitung eines Aufsichtsbekleideten (Werksverwalters) das Steigerrevier zu kontrollieren, in dem das betreffende Aufschlagsmittel beschäftigt ist. Diese Kontrollpflicht soll dem Arbeiter aus der Besondere bezeugt werden. Soweit stimmt der Entwurf mit seiner öffentlichen Ankündigung durch den Bergbauminister Delbrück überein. In den Gruben, die der Konzentration der Bergbauverwaltungen vorliegen, war aber auch vorgeschlagen: außer dem einen Male monatlich kann der dem Arbeiterausgang angehörige Kontrolleur auch noch öfter kontrollieren, wenn die Belegschaft es wünscht und diese Kontrollpflichten bezahlt. Diese sehr wichtige Verschärfung der Kontrollbefugnisse fehlt nun in der dem Landtag zugänglichen Novelle.

Statt dessen wird dem "Sicherheitsmann" nur gestattet, außer der regelmäßigen einmaligen Kontrolle pro Monat eine nochmalige Befahrung vorzunehmen, wenn bestimmte Tatsachen oder Wahrnehmungen eine nochmalige Kontrolle notwendig erscheinen lassen. Wenn aber die Verwaltung diese nochmalige Befahrung verweigert, so muß der Sicherheitsmann von der Kontrolle absehen; dafür soll die Werksverwaltung "unverzüglich dem Bergbauverwalter (Staatsinspektor) von der Sachlage Mitteilung machen". Die Regierung ist also im wichtigsten Punkt der Vorlage vor den Unternehmern weit zurückgewichen. Formell hat sie die Forderung der Arbeiter nach Arbeiterkontrollen anerkannt, aber auch nur formell. Denn in der Praxis bedeutet die Kontrolle der Sicherheitsmänner nicht viel, da die Sache es immer in der Hand hat, unbenommen die Sicherheitsmänner zu entlassen, womit ihr Kontrollamt erlischt. Die Arbeiter fordern unabhängig Kontrolleure, die vom Staat besetzt werden. Dieser Arbeiterausgang ist wieder echt praxiäßig!

* Der Legitimationszwang, der bisher nur für die aus dem Osten kommenden ausländischen Arbeiter bestand, ist durch einen Ministerialerlaß jetzt auf alle ausländischen Arbeiter ausgedehnt worden. Nach diesem Erlaß sind in Zukunft alle ausländischen Arbeiter, ob in der Landwirtschaft oder im Gewerbe tätig, gezwungen, sich Legitimationskarten ausstellen zu lassen. Diese Karten haben den Zweck, die Feststellung zu ermöglichen, ob der Arbeiter etwa ein Arbeitsverhältnis unter Kontraktbruch gelöst hat. Hat er dies getan, so wird er ausgewiesen. So harmlos dies auf den ersten Blick aussieht, so gefährlich ist es; denn es bedeutet in vielen Fällen nichts geringeres, als daß der ausländische Arbeiter völlig in der Gewalt seines Unternehmers ist. Besonders kann diese Bestimmung gegen die in die Ausländer ausgebeuteten werden. Bei den Ausländern werden viele Arbeitsverträge auf längere Zeit, entweder für einen ganzen Sommer oder bis zur Fertigstellung einer bestimmten Arbeit geschlossen. Kommt dann der fremde Arbeiter mit einem solchen Kontrakte nach Deutschland, so bleibt ihm keine andre Wahl, als auf jeden Fall den Kontrakt zu erfüllen, auch wenn er dabei nach allen Regeln der Kunst übers Ohr gehauen wird, oder sich ausweisen zu lassen. Da das Letztere für den Ausländer stets schwere wirtschaftliche Schäden hat, so wird er eben bleiben und den Kontrakt erfüllen. In dieser Wirkung des Legitimationszwanges liegt die große Gefahr für die deutschen Arbeiter; denn auf Dauerkontrakte verpflichtete Ausländer können in Zukunft nicht mehr streiken, wenn sie nicht ausgewiesen werden wollen. In vielen Fällen geschah das ja schon stets, aber jetzt kommt Sühnen in diese Methode. Darum ist die Ausdehnung des Legitimationszwanges auf alle ausländischen Arbeiter nicht nur ein Schlag gegen die Ausländer, sondern auch ein tödlicher Angriff auf das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. Uebrigens steht der betreffende Ministerialerlaß im Gegensatz zu den Reichsgesetzen; die Arbeitervertreter im Reichstage werden darum hier eingreifen müssen, um diese neue Annäherung des preussischen Junkerregiments zurückzuweisen.

Ingegangene Schriften.

Die Herstellung von Hartgips, Holz- und Leinwand für die Kunstindustrie usw. Von Hermann Lamprecht in Schönebeck a. d. E. Königl. K. Lamprecht hat bereits eine andere kleine Schrift über die Herstellung von Terrazzo herausgegeben, die damals in diesen Blättern angezeigt wurde. Wir behaupteten von ihr, daß sie dem Praktiker und dem, der es werden wolle, ein guter Wegweiser sein könne. Dasselbe können wir von dieser neuen Schrift sagen. Die Kunstindustrie, ihre Herstellung und Verwendung erobert sich immer neue Gebiete, immer mehr verdrängt er den teureren Naturstein, so daß heute schon viele taubende Menschen an seiner Herstellung beteiligt sind. Seine Verbreitung wird vielleicht schon noch größer, wenn zu seiner Herstellung nicht mehr derlei Kenntnisse gebietet, die erst auf Grund längerer praktischer Erfahrung zu erlangen sind. Lamprecht hat sich in seiner kleinen Schrift hervorgetan, diese praktische Erfahrung wenigstens teilweise dadurch zu ersetzen, daß er in recht anschaulicher Weise schildert, wie man einen guten Kunststein herstellt, und zwar behandelt er besonders den schwersten Teil der Kunststeinfabrikation, die Herstellung der Formen. Der Preis der Schrift beträgt bei Bezug durch Nachnahme M. 1,30, bei vorheriger Einzahlung des Betrages M. 1,15; er geht nicht über das hinaus, was solche Schriften allgemein kosten. Wie uns der Herausgeber mitteilt, ist auch die erste Schrift über Terrazzo noch zu haben.

Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie, Ergebnisse einer Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes vom November 1906, bearbeitet vom Verbandsvorstand. Kommissionsverlag von F. W. Dieck in Stuttgart. Ein umfangreiches Werk, das sich nicht allein auf die eigentliche Holzindustrie, sondern auch auf die verwandten Industriezweige (Dreschler, Korbmacher, Weinstockarbeiter, Vergolder, Wärfelmacher usw.) erstreckt. Nicht nur für die Holzindustrie, sondern für die gesamte Volkswirtschaft ein wichtiges Quellenmaterial.

Bergarbeiter, ein Schauspiel in einem Akt von Lu Märten, Verlag von S. F. W. Dieck in Stuttgart, Preis M. 1. Eine Tragödie aus dem Leben der Bergarbeiter, zugleich ein Charakterbild aus den Arbeiterkämpfen unserer Zeit.

Neue Fahrt, Gedichte von Otto Krille. Mit Titelbild und Illustrationen von Hollenberg. Verlag von S. Sassenbach, Berlin. Preis M. 1.

Briefkasten.

* An die Schriftführer und Berichterstatter. Unsere Epistel in Nr. 5 ist von vielen Kollegen, für die sie geschrieben war, nicht beachtet worden. Wir weisen noch einmal nachdrücklich darauf hin; bei dem Stoffandrang und bei der schwachen Besetzung der Redaktion sind wir sonst gezwungen, Eisenbüchsen, die unsre so leicht erfüllbaren Wünsche nicht berücksichtigen, von der Veröffentlichung auszuschließen.

* Jahresberichte der Zweigvereine gehen jetzt fast mit jeder Post ein. Wir müssen die Kollegen um etwas Geduld bitten. Die Berichte sollen alle veröffentlicht werden, aber es geht nicht so schnell, wie die Kollegen und wir selbst es wünschen, da wir den "Grundstein" nicht stärker als zwölfwöchentlich herausbringen können.

Löwenberg. Nein, wir haben den erwähnten Bericht nicht erhalten.

Nach Wollenbüttel. Nicht M. 500, sondern M. 634,86 sind für eine Sitzung von Vorstand und Aufsicht auszugeben worden. Das ist allerdings viel Geld, aber billiger ist es kaum zu bewerkstelligen. Zu dieser Sitzung mußten zwölf Kollegen von Berlin nach Hamburg und wieder zurückfahren; sie mußten außerdem zwei Nächte in Hamburg übernachten. Elf von diesen Kollegen mußten dabei an zwei Tagen die Arbeit versäumen. Im ganzen nahmen 24 Personen an der Sitzung teil, die Sitzung selbst dauerte anderthalb Tage. Nach diesen Angaben kann jeder, der rechnen kann, feststellen, wie diese Summe zusammenkommt.

Schwenningen. Wogu schreibst Du solche Briefe? Gewiß kannst Du wegen falscher Aufschuldung bestraft werden, wenn Du Dinge behauptest, die nicht erweislich wahr sind, und dann gibst die Anonymität keineswegs als Schuldbühnen. War es denn so nötig, den freiwilligen Holztagungen zu machen?

Frankenberg, M. B. In der heutigen Nummer findest Du wohl Deine Frage beantwortet.

Deutsch-Krawarn. Wird gelegentlich veröffentlicht.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 s.)

Aischersheim. Am 6. Februar starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege **Karl Martin** im 65. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit.

Bayreuth. Am 10. Februar starb unser treuer Verbandskollege **Wolfgang Haker** im Alter von 25 Jahren an Lungenerkrankung.

Grünthausen. Am 12. Februar starb nach langem Leiden unser Verbandskollege **Richard Jung** im Alter von 46 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Darmstadt. Ober-Brandt. Am 9. Februar starb unser Kollege **Heinrich Liebermann** im Alter von 41 Jahren nach langer Lungenerkrankung an Bluthurz.

Königsberg i. Pr. Am 11. Februar starb unser Verbandsmitglied **Albert Fritze** im Alter von 57 Jahren.

Leipzig. Am 12. Februar starb unser Verbandskollege **Gustav Schnurpel** im Alter von 60 Jahren an Magenkrebs.

Leobenberg. Am 13. Februar starb plötzlich unser Kollege **Johann Lange** aus Griesseiffen im Alter von 35 Jahren infolge eines Anfalles beim Holzabladen. Wir verlieren in ihm einen treuen Verbandskollegen.

München. Aue. Am 1. Februar starb unser Kollege **Josef Buchner** im Alter von 39 Jahren an Lungenerkrankung. — **Dt.** Am 6. Februar starb unser langjähriger treues Mitglied **Martin Weinbauer** im Alter von 32 Jahren an Lungenerkrankung.

Birn. Am 13. Februar starb unser langjähriger tätiger Verbandskollege **Paul Mörbitz** aus Copitz im Alter von 32 Jahren an Herzschwäche.

Podersdorf. Am 8. Februar starb nach langem Leiden unser treuer Kollege **Hermann Wendland** genannt **Stahl** im blühenden Alter von 26 Jahren an Lungenerkrankung.

Schwabach. Am 6. Februar starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege **Michael Krieger** im Alter von 37 Jahren an Lungenerkrankung.

Stenzel. Am 7. Februar starb unser langjähriger Mitglied **Wilhelm Wellner** im Alter von 51 Jahren an Magenkrebs.

Waldenburg i. Edl. Am 4. Januar starb unser langjähriger, treues Mitglied **Angust Walzel** im Alter von 68 Jahren an Lungenerkrankung.

Waldheim. Am 11. Februar starb nach längerem Leiden unser Kollege **Franz Emil Heinz** aus Dresden im Alter von 82 Jahren an Lungenerkrankung.

Gehet ihrem Andenken!

Zofalbeamter gesucht.

Der **Zweigverein Mannheim-Ludwigshafen** sucht zum 1. April 1909 einen **Zofalbeamten**. Derselbe hat hauptsächlich die schriftliche und mündliche Negation zu betreiben, die Lohnbewegungen zu leiten und die Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen. Ebenso sind vollständige Kenntnisse der inneren Verwaltung erforderlich. Es wird sonach auf eine erste Kraft rekrutiert. Bewerbungen sind bis zum 1. März 1909 an **Chr. Sauer, Mannheim, F 4, Nr. 9**, versiegelt mit der Aufschrift „Zofalbeamter“ zu richten. Den Bewerbungen ist ein Nachweis über die bisherige Tätigkeit beizufügen. [M. 4, 20] Der Vorstand.

Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ Rixdorf.

Vom 20. Februar an werden jeden Sonntagabend von 8 bis 10 Uhr die Beiträge fassiert und zwar in folgenden Lokalen: **Otto Grosser, Kirchhoffstr. 45, Emil Dausacker, Diefenbachstr. 35, Max Schönemann, Weichstr. 65, Ecke Donaustraße.** [M. 8] Die örtliche Verwaltung.

Bekanntmachung.

Ich, der **Monteur H. Niemann in Celle**, erkläre hiermit die beteiligten Versicherungen, die ich über den Montagemeister **Gerrit August Bente in Celle** gemacht habe, für unbegründet, bebaure sie und nehme sie zurück. **Celle**, den 18. Februar 1909. [M. 2, 70] **H. Niemann.**

Albert Kriegelstein aus Berlin, geb. 24. 12. 69 an Frankfurt a. d. O., Verh.-Nr. 448 654, wird von seiner Familie um Angabe seiner Adresse gebeten. Er war zuletzt in Glandorf und wollte von dort nach Dortmund; die ihm nach dort hingelieferten Sachen sind jedoch zurückgekommen. Wer Angaben zu machen weiß, wolle diese an **Franz Kriegelstein, Berlin O 112, Dolzigestr. 30, b. 1. Et.**, richten.

Adressen-Veränderungen.

(V bedeutet Vorkommendes, K Kollaterale, L Vertriebskolle, H Herberge, RZ Weisenunterkunft wie ausgeführt bel.) **Cöln.** V Albert Kreibohm, K: Max Böhm, Bureau, Severinstr. 199, 2. Et., Zimmer 22; geöffnet wochentags von 11 bis 1 und von 6 bis 8 Uhr, Sonntags von 10 bis 11 Uhr. **Grünberg.** Verbandsbureau der Maurer und Baustiftungsarbeiter-Alt-Kammern, 16, 2. Et. RZ im Bureau. **Pafelwaf.** K: Hermann Reule, Gartenstr. 10. **Senftenberg.** V Paul Krüger, Rannoverstr. 15. K: Wilhelm Bed, Sättendorf.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonntag, den 20. Februar.

Bergedorf. Abends 8 Uhr bei Wandtke. **Hemmoor.** Abends 8 Uhr in Wackerstraße bei Saale.

Sonntag, den 21. Februar:

Dellitzsch. Nachm. 3 Uhr im „Eindenshof“, Bücherausgabe. **Hemmoor.** Nachm. 3 Uhr in Hesthausen b. Rohnsdorf. Referent auswesend. **Jessen.** Nachm. 8 Uhr beim Kollegen Ernst Müller, Schloßweg 618. **Luckenwalde.** Nachm. 3/4 Uhr bei Karl Gerhardt, Weichstr. 34. **Völkershäuser.** Nachm. 3/4 Uhr in der „Krone“. Z.-D.: Vorkantenswahl. Mitgliedsbücher mitbringen. **Wiesenburg.** Nachm. 2 Uhr.

Dienstag, den 23. Februar.

Liegnitz. Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 24. Februar.

Berlin. (S. 10 u. R.) Abends 8 Uhr bei Dabel, Bergmannstr. 5-7. Z.-D.: Wahl der Verbandsleitung. Vortrag des Genossen Weßlein. Die Mitgliedsbücher auswärtsiger Zweigvereine sind treuhänderisch einzubringen. **Reinickendorf b. Berlin.** Abends 8 Uhr im Restaurant Vogel, Hauptstr. 61. Z.-D.: Vortrag. Diskussion. Wahl der Zweigvereinsleitung. Mitgliedsbücher.

Donnerstag, den 25. Februar.

Hamburg. Gemeinlicher. Abends 8/9 Uhr im Gewerkschaftshaus. **Pinneberg.** Abends 8 Uhr bei Lebowitz. Z.-D.: Vortrag. Referent: Kollege Winiig.

Sonntag, den 28. Februar.

Artern. Nachm. 3 Uhr im „Edwan“. **Braunschweig.** Vorm. 11 Uhr Zweigvereinskonferenz im Gewerkschaftshaus, Werber 32. Außer den Delegierten sind die Kollegen herzlich willkommen. **Hersbruck.** Nachmittags 3 Uhr im „Gieschen“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. **Hohenstein-Ernstthal.** Nachm. 4 Uhr außerordentliche Generalversammlung im „Gasthaus zur Krone“ im Hüttengrund. Mitgliedsbücher mitbringen! **Rimpar.** des Kollegen Engelhard. Z.-D.: Vorkantenswahl. Vortrag **Waldheim.** Nachm. 3/4 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei August Giesner, Weitenberg. Mitgliedsbücher mitbringen.

Zentralrentenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 21. Februar. **Luckenwalde.** Nachm. von 2 bis 5 Uhr bei Herrn Besmann, Güttestr. 1, Sättelg., Aufnahme in die Sterbetafel.

Kranken- und Sterbetafel der Maurer zu Martzgräpfeite (C. S.)

Sonntag, den 28. Februar. Nachm. 1 Uhr außerordentliche Generalversammlung beim Gastwirt W. Großfeld. Z.-D.: Beitragsberechnung. Mitgliedsbücher.